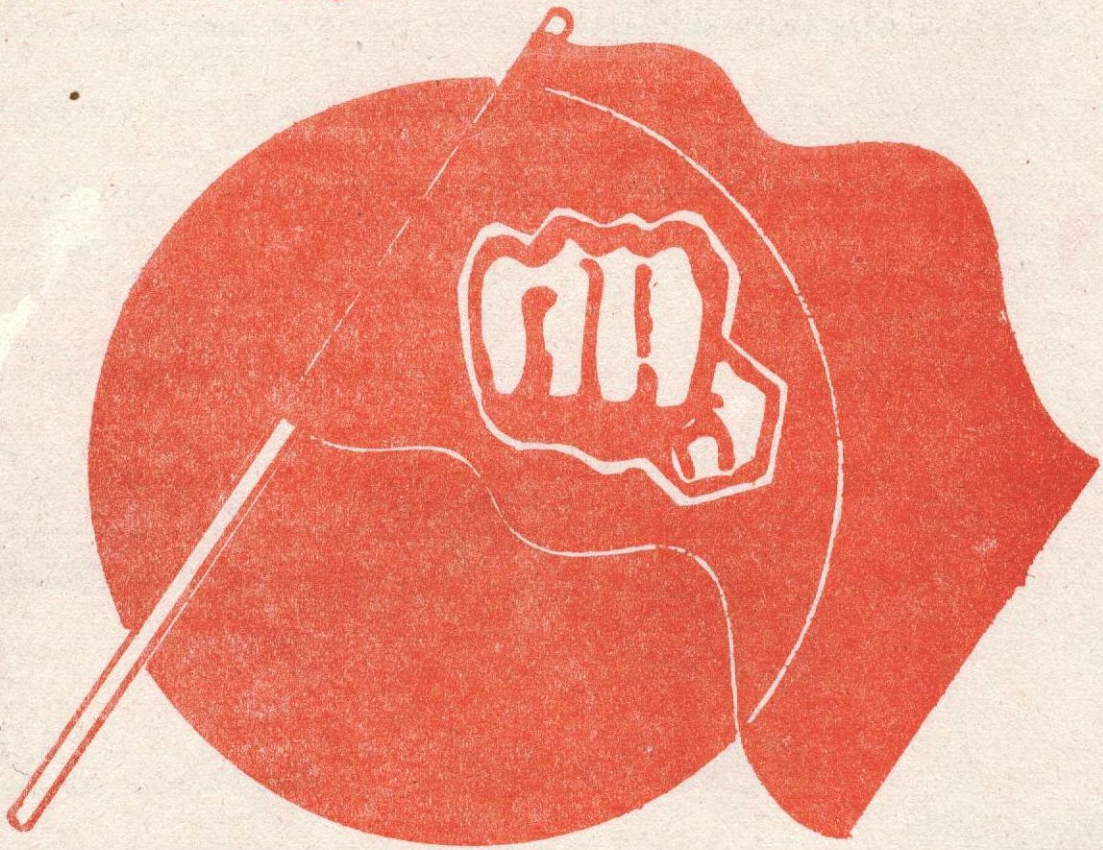
INFO

5
1970

hannoversches centralorgan der sozialistischen basis- & projektgruppen



Was wir gemeinsam erkämpft haben, lassen wir uns nicht kampflos wieder nehmen!

INHALTSANGABE INFO 5 / 70

S. 3: Zur Auseinandersetzung um das INFO (INFO-Redaktion)

S. 7: "Arbeitersache" - die erste antirevisionistische Betriebszeitung Hannovers (Oestmann)

S. 9: Roter Punkt und Rote Fahne (Mangold)

S.11: Von der Kritik am autoritären Rechtsstaat zur Kritik am autoritären Sozialstaat (Krovoza)

S.13: Ausschnitte aus der Debatte des Nieders. Landtages vom 19.6.69 zum Thema: "Situation des öffentlichen Nahverkehrs".

S.16: Dem autoritären Wohlfahrtsstaat die Massenloyalität aufkündigen! (Diemer)

S.2o: Dokumentation:
Flugblätter zur ÜSTRA-Kampagne

S.25: Termine und Informationen

"Zum langen Marsch" -
Kneipe der hannoverschen linken
Engelbostelerdamm 22

Bestellschein

Ich abonniere das INFO - hannoversches centralorgan der sozialistischen basis- & projektgruppen ab sofort für ein halbes Jahr zum Preis von 12.-DM (inclusive Porto und Sondernummern).

Name.....Vorname.....

Wohnort.....Straße.....

Zum INFO

I. Zur Entstehungsgeschichte des INFO

Die erste INFO-Nummer erschien Anfang September 69, das heißt zu einer Zeit, als zwischen den in Hannover arbeitenden Gruppen so gut wie kein kommunikativer Zusammenhang bestand, von einem organisatorischen Zusammenhang ganz zu schweigen. So ist es kein Zufall, daß das INFO nahezu gleichzeitig entstand mit der Wiederauferstehung der ehemaligen SDS-MV, und mit ihr auch die vordringlichste Funktionsbestimmung gemein hatte: nämlich Rekonstruktion der Möglichkeit von Information über die und Kommunikation zwischen den im Bereich Hannovers arbeitenden, aus dem SDS hervorgegangenen Gruppen. Da dies als Voraussetzung zur Wiederherstellung einer einheitlichen politischen Linie angesehen werden mußte, traten notwendigerweise anfänglich die anderen Aufgaben, von denen wir meinten, das INFO habe sie zu erfüllen, in den Hintergrund, bzw. wurden nur teilweise oder nie eingelöst.
Gemeint sind Bestimmungen wie:

a) Theorienbildung und Vermassung von Theorie
b) Agitation und Propaganda, sowohl nach außen als auch in den eigenen Reihen
c) Kommentieren tagespoltischer Ereignisse
d) Initiierung von franktionellen Auseinandersetzungen (im INFO und um das INFO) als organisationsstiftendes Moment, nach dem Motto: Fraktionierung = Politisierung, Politisierung = Organisierung

So waren die ersten INFOS (1-3/69) nahezu vollständig mit Selbstdarstellungen und Berichten über die Arbeit der einzelnen Basis- und Projektgruppen gefüllt, während ab INFO 4/69, das auf der Vietnam-Demonstration verkauft wurde, die Diskussion strategischer Vorstellungen und die theoretische (wie immer schlecht auch) Auseinandersetzung (beides zunächst festgemacht an der Vietnam-Kampagne und der damit im Zusammenhang stehenden Revisionismus-Debatte) begann. Agitatorische Austragungen wurden, bis auf einzelne Artikel im Vietnam-INFO und im Wahl-INFO, vernachlässigt. Inwieweit das INFO fraktionelle Auseinandersetzungen ermöglichte und wie es selbst zum Objekt dieser Auseinandersetzungen wurde, braucht wohl nicht dargestellt zu werden.

II. Wie ging die Entwicklungsgeschichte der fraktionellen Auseinandersetzung in den Basis- und Projektgruppen vor sich, mit welchen Resultaten dieser Entwicklung haben sich die Gruppen auseinanderzusetzen?

Ausgegangen wird von dem Zeitpunkt, als die im Hinblick auf Organisierung geführte Schulungsdebatte auch in Hannover aufgenommen wurde, also ungefähr vom Entstehen der BPG in ihrer neuen, inzwischen bereits wieder veränderten Form nach den Septemberstreiks. Die Einsicht in die Unmöglichkeit, auf diese Streiks angemessen zu reagieren, weiterhin das Aufgeben des Konzepts der Schulung von Flugblattverteilerkadern vor Betrieben, führte zur Gründung einer BPG, deren Arbeit sich beschränkte auf Schulung als "Erarbeitung von Grundbegriffen des Marxismus und der dialektisch-materialistischen Methode der Geschichtsanalyse".
In der Aufteilung der BPG in drei Schulungsgruppen (BPG I: Lehrlinge, Riedel de Häen-Genossen, BPG II: Parvus-Kommune, BPG III: Studentische Genossen (mit Ausnahme der Parvus-Kommunarden)) war die Fraktionierung und heutige Spaltung bereits tendenziell angelegt.
Die verschiedenen Positionen der in Hannover arbeitenden Gruppen, am eindeutigsten repräsentiert durch Parvus-Kommune und BPG III, die die Kerngruppen der jetzigen Fraktionen bilden, begannen sich herauszukristallisieren mit der Diskussion um die Vietnam-Kampagne und der Auseinandersetzung mit dem PK-Konzept von Schulung als ein Moment einzig sinnvoller politischer Praxis, was bedeutet: Verschiebung von Agitation und Propaganda (z.B. durch Demonstrationen, Kampfaktionen der antiautoritären Phase) bis Schulung so weit fortgeschritten ist, daß Demonstrationen u.a. wieder sinnvoll werden. Von den Befürwortern der Demonstration wurde Schulung genauso als Notwendigkeit erkannt, jedoch war klar, daß das nicht Verzicht auf solche politische Praxis sein konnte, die die Widersprüche des Systems aufnimmt (z.B. Üstra-Fahrpreis-Erhöhung), wie immer auch unvollkommen agitatorisch umsetzt und damit bewußtseinsverändernde und polisierende (nicht nur für die Zielgruppen) Praxis ist.

Für die ML-Fraktion (Parvus-Kommune, SBG, evtl. BSL) wurde hingegen zum einzigen Erfolgskriterium dieser Praxis die direkte organisatorische Effizienz gemacht, d.h. inwieweit sie dazu beiträgt, Individuen unmittelbar in einen festen organisatorischen Zusammenhang, der der erste Schritt zur Konstitution der leninistischen Kaderpartei sein soll, einzubeziehen. Diese Parteikonzeption wird nicht versucht herzuleiten aus der historischen Situation Rußlands, in der sie ihre Entstehungsgeschichte hat (wie z.B. der Genosse Krahl versucht hat), sondern als allen Entwicklungsstadien des Kapitalismus transzendente, "dem Wesen des Kapitalismus einzig angemessene" Organisationsform des Proletariats der Frage nach ihrer unter den

gegenwärtigen historischen Bedingungen unverbrüchlichen Relevanz enthoben.
Entscheidende Etappen auf dem Weg zur Fraktionierung waren die Vorbereitungen zur Arbeitskonferenz der BPG und die Sitzungen des Delegiertenrates zur Vorbereitung der Generaldebatte; beide Veranstaltungen sollten ursprünglich die entscheidenden Fragen: nämlich Schulung und Organisierung, Verhältnis von wissenschaftlicher Intelligenz und Industrieproletariat, klären.
In Anbetracht der Entwicklung, die sowohl die Vorbereitung der Arbeitskonferenz als auch der Delegiertenrat nahm, kam die BPG III zu dem Entschluß, eine Arbeitskonferenz gemeinsam mit der Parvus-Kommune nicht durchzuführen, da man erwartete, die PK werde die Arbeitskonferenz ausschließlich als Agitationsforum ihrer oben dargestellten Organisationsvorstellungen benutzen (siehe Spaltungsbeschluß BPG III im INFO 4/70 S. 14/15). Daß die Parvus-Kommune bereits bestimmte Vorentscheidungen getroffen hatte, die sie nicht mehr bereit war zu diskutieren, zeigte sich am deutlichsten auf den Delegiertenrats-Sitzungen." Privilegierung bestimmter Gruppen für die Generaldebatte oder Boykott von Delegiertenrat und Generaldebatte" war die explizit formulierte Alternative der Parvus-Kommune. Diese Position bestimmte dann auch das Verhalten der Parvus-Kommune auf den Delegiertenrats-Sitzungen. Die dauernde Forderung nach Aufstellung eines Delegiertenschlüssels, ohne in der Lage zu sein, Kriterien für die Bewertung der einzelnen Gruppen angeben zu können (denn die können frühestens aus der theoretisch-strategischen Diskussion auf der Generaldebatte hervorgehen), verunmöglichte eine Diskussion über die Vorstellungen der einzelnenGruppen zur Generaldebatte, d.h. machte den Delegiertenrat in dieser Form für die Vorbereitung der GD ineffizient. Dieser Lage trugen die AHL (Aktionsgruppe hannoverscher Lehrlinge), Basisgruppe Technologie und Mathematik, BPG III, die Druck- und Verlagskooperative, die INFO-Redaktion und die Kinderladengruppe Rechnung, indem sie sich entschieden, die Generaldebatte getrennt fraktionell vorzubereiten.

Damit ist der Delegiertenrat in seiner ursprünglichen Zusammensetzung und Funktion gestorben, an seine Stelle ist die fraktionsinterne Vorbereitung der beiden Gruppierungen getreten. Nach wie vor halten beide Gruppierungen an einer gemeinsamen GD fest, deren Termin jedoch aufgrund der Ineffizienz des Delegiertenrates und der augenblicklichen Konzentrierung der BPG III-Fraktion auf die Anti-Üstra-Aktion noch nicht festgelegt werden kann.

III. INFO-Redaktion und Fraktionierung

Will die INFO-Redaktion sich nicht beschränken, Kollektiv zur tenishen Produktion des INFO zu sein, hat sie sich im Rahmen des Fraktionskampfes, der innerhalb der Linken der BRD stattfindet und in Hannover unmittelbar für sie wird, zu definieren und praktisch-politisch in ihn einzugreifen. Das kann, soll nicht im luftleeren Raum diskutiert werden, nur heißen: Zugehörigkeit zu einer Fraktion, mit der die eigenen politischen Konzeptionen, zumindest tendenziell, sich decken, und Kampf um die Durchsetzung dieser Konzeption.
Die folgenden drei Punkte scheinen der INFO-Redaktion die für eine fraktionelle Differenzierung entscheidenden zu sein und sind konstitutiv für ihr Selbstverständnis:

1) Tendenzielle Einheit von Arbeiter- und Studentenbewegung;
2) Ablehnung der konkret historisch unausgewiesenen Übernahme der leninistischen Kaderpartei-Konzeption;
3) Schulung als dialektische Verknüpfung von Theorie und Praxis, Ablehnung des zeitlichen Auseinanderfalls von Schulung und praktisch-politischen Kampf.

Zu 1) Wird davon ausgegangen, daß die organische Zusammensetzung des Kapitals ein steigende ist, daß im Zuge der immer stärker steigenden Automation auch der Anteil der wissenschaftlicher Intelligenz an der Mehrwertproduktion eine immer stärker steigender ist, und will man nich die mit dem Bandmaß nachgemessene geographische Nähe zum Produktionsmittel als entscheidend konstitutive Bedingung für Klassenbewußtsein hypostasieren, so kann unmöglich das Industrieproletariat als durch seine Klassenlage einzig und allein revolutionäres Subjekt bestimmt werden. Wenn nicht unberücksichtigt bleiben soll die mit der Liquidation des Konkurrenz-Kapitalismus immer weniger legitimationsfähigen Herrschaftsverhältnisse, wenn nicht mehr die aus "absoluter Verelendung entspringenden materiellen Bedürfnisse als Voraussetzung für die Bildung klassenkämpferischen Bewußtseins angesehen werden können, kann sich sozialistische Politik und insbesondere Agitation unmöglich aufs Industrieproletariat beschränken und noch weniger mit Inhalten arbeiten, die Emanzipationsbegriffe ökonomistisch verkürzen. Das bedeutet: Gruppen, die meinen, die "proletarische Linie" konsequent zu vertreten, die mit Helms die wissenschaft-

liche Intelligenz partiell dem Proletariat zuschlagen, andererseits aber in ihren Konzeptionen, die sich kaum noch unterscheiden von denen der "Roten Garden", Betriebsarbeit zur Konstitution der leninistischen Kaderpartei als die dieser proletarischen Linie einzig angemessene Praxis erscheinen lassen, können unter den gegenwärtigen Fraktionierungsverhältnissen von der INFO-Redaktion nicht als Fraktionspartner betrachtet werden. Festgehalten wird an der Notwendigkeit, die von Hans-Jürgen Krahl angedeuteten qualitativen Veränderungen der kapitalistischen Produktionsstruktur, als da sind:

1) Übergang von Konkurrenz-zum Monopolkapitalismus als neuer Qualität der Vergesellschaftung der produktiven Arbeit auf dem Boden der Lohnarbeit (Zerstörung des freien Marktes und damit der Herrschaftslegitimation).
2) Technologische Verwissenschaftlichung der Produktion, die ständig zunimmt, als tendenzielle Destruktion des Industrieproletariats als Repräsentanten der Totalität produktiver Arbeit.
3) Die neue Stufe des gesellschaftlichen Reichtums als den Bannkreis materieller Produktion transzendierendes Moment, das "Reich der Freiheit" als objektive geschichtliche Möglichkeit, die Immaterialisierung der Bedürfnisse.

auf ihre organisatorischen Implikationen zu untersuchen und daraus Konsequenzen zu ziehen.

Zu 2) Solange die bolschewistische Parteikonzeption, wie schon oben erwähnt, in ihrer historisch gegenwärtigen Relevanz nur damit begründet wird, daß diese Konzeption "die dem Wesen des Kapitalismus einzig angemessene Organisationsform des Proletariats" sei, solange zwar festgestellt wird, daß die organisatorischen Aufgaben von Lenin nur auf der Grundlage der vorher fertiggestellten Klassenanalyse Rußlands formuliert und in Angriff genommen werden konnten (siehe Artikel zu "Was tun" der Parvus-Kommune, INFO 3/70 S. 6) und daß über die für uns notwendigen Organisationsformen erst nach einer fertiggestellten Klassenanalyse der BRD entwickelt werden könnten, gleichwohl aber immer wieder auf dem demokratischen Zentralismus leninistischer Provenienz beharrt wird, da diese erst die Erstellung von Klassenanalysen ermögliche, solange der Argumentation des Genossen Krahl, der versucht hat, die Bestimmung, dem Proletariat sei das politische Klassenbewußtsein nur von außen beizubringen, aus den ökonomischen Verhältnissen Rußlands herzuleiten (siehe INFO 6/69, Krahl: Thesen), nur begegnet wird mit dem Hinweis darauf, daß das "Manifest der Kommunistischen Partei" schludrig verkürzt als "Kommunistisches Manifest" bezeichnet werde, daß die geschichtliche Form der Organisierung des Proletariats die Partei sei (Lauermann, Nachbemerkungen, INFO 3/70 S. 16), kann diese Position nur noch zur Kenntnis genommen, nicht aber mehr als interfraktioneller Gegenstand der Organisationsdebatte betrachtet werden.

Zu 3) Bei der Schulungsdiskussion muß zweierlei beachtet werden: Schulung kann weder verwechselt werden mit Theorienbildung (bestenfalls ist sie ein konstitutives Element für eine "einheitliche ideologische Basis"), noch kann sie betrachtet werden als Praxisersatz bzw. als einzig sinnvolle politische Praxis. Geht nicht in die Diskussion um "marxistisch-leninistische Grundbegriffe" ihre Beziehung auf die für uns relevanten Verhältnisse im nationalen und internationalen Maßstab ein, und werden daraus nicht praktische Konsequenzen gezogen, sondern wird propagiert die undialektische, mechanistische Reihenfolge von - Schulung - Anwendung der Grundbegriffe auf die zu leistende Klassenanalyse - Strategienbildung - praktisch-politischem Kampf - so bedeutet das die Aufgabe der Einheit von Theorie und Praxis im politischen Kampf, den Rückzug auf das Erlernen "marxistischer Grundbegriffe" (welche sind das?) bis zum Sankt Nimmerleinstag. (Nebenbei undurchschaut bleibt der Verfall in schlechten Idealismus, wenn Schulung per se schon als organisationsstiftendes (im Sinne von Parteiorganisation!) Moment bezeichnet wird, oder die begriffliche Verwirrung, wenn der Zusammenhang in Schulungsgruppen schon als eine organisatorische Form der proletarischen Partei bezeichnet wird.) Bestes Beispiel für diese Art von Schulung bietet der Artikel der Parvus-Kommune zu Lenins "Was tun?" (INFO 3/70, S. 6-18), der, weil er nicht in künstlicher (!!!) Weise den Text "modernisieren" wollte (so die Parvus-Kommune in einer Anmerkung zu dem oben zitierten Artikel), zur schlichten Inhaltsangabe degenerierte.

IV. Zur künftigen Funktion des INFO

Innerhalb des Fraktionskampfes sollte das INFO folgende Aufgaben erfüllen:

1. Objektivierung der fraktionellen Auseinandersetzungen und Transformation des partiell vorpolitischen, gleichwohl tendenziell politischen Charakters der fraktionellen Differenzen in klare Alternativen der politischen Organisation-, Schulungs- und Agitationsinhalte und -formen.
Dazu müssen notwendigerweise die lokalen Besonderheiten der Fraktionsauseinandersetzungen zur Fraktioneirung im nationalen Rahmen vermittelt werden.
2. Medium theoretischer Diskussion
Diese theoretische Diskussion, wie wir sie verstehen, kann und darf sich nicht beschränken auf die dogmatische Rezeption von Texten

der Klassiker des Wissenschaftlichen Sozialismus, sondern hat die hier gewonnenen Begrifflichkeiten der konkreten historischen Situation, in der wir uns befinden, zu vermitteln und damit als Anleitung zum Handeln Kriterien für den praktisch-politischen Kampf entwickeln. Dazu gehört u.a.

3. Darstellung und Verarbeitung von aktuellen Klassenkämpfen im nationalen und internationalen Rahmen (Streiks in Schweden, Belgien etc.). Hierbei werden wir voraussichtlich in der nächsten Zeit noch auf die Übernahme von Artikeln aus den Organen anderer Gruppen angewiesen sein.

Über den beschränkten Rahmen der "organisations"-internen Diskussion hinaus hat das INFO zu leisten:

1. Entfaltung von Agitation und Propaganda unter Intellektuellen. Das INFO muß hierbei als der sich in Vorbereitung befindlichen Betriebszeitung komplementär entgegengesetzt betrachtet werden, wiewohl in beiden Organen die Vereinigung von Arbeiter- und Studentenbewegung als Zielvorstellung in die agitatorischen Anstrengungen eingehen müssen.
2. Veröffentlichung der Selbstdarstellung von Gruppen und ihrer Agitationsbemühungen (z.B. Abdruck von Flugblättern).
3. Schwerpunktmäßige Aufnahme zentraler Kampagnen (Vietnam, ÜSTRA, Hochschulstreiks).

Diese Bestimmungen bilden für die INFO-Redaktion die Grundlage, auf der über Abdruck oder Nichtveröffentlichung von Artikeln entschieden werden muß. Solange in Hannover noch ein solidarischer Diskussionszusammenhang zwischen den beiden Fraktionen besteht und die Fraktionierung noch nicht zur Spaltung gediehen ist, steht nach Maßgabe der oben angegebenen Bestimmungen das INFO nach wie vor auch der ML-Fraktion zur Publizierung offen. Sollte sich die solidarische Diskussion jedoch als illusorisch herausstellen, so werden organisatorische Konsequenzen das unausweichliche Ergebnis sein.

INFO-Redaktion

"UNSERE SACHE, DIE SACHE DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PUBLIZISTEN, ABER IST ES, DIE POLITISCHEN ENTHÜLLUNGEN UND DIE POLITISCHE AGITATION ZU VERTIEFEN, ZU ERWEITERN UND ZU VERSTÄRKEN."

LENIN, "WAS TUN".

DER KAPITALIST ZERSTÖRT,
WAS DEM VOLK GEHÖRT!!!

"ARBEITERSACHE" - die erste antirevisionistische Betriebszeitung Hannovers

Vorläufige Thesen zur Konzeption

Die Diskussion um die Betriebszeitung "Arbeitersache" ist in der Betriebsprojektgruppe III und in der Aktionsgruppe sozialistischer Hannoverscher Arbeiter und Lehrlinge bisher nur ansatzweise geführt worden und pragmatisch. Ansatzweise deshalb, weil beide Gruppen zwar prinzipiell darin übereinstimmen, daß die Arbeit an der Betriebszeitung ein Moment prinzipieller bündnishafter Zusammenarbeit ist, jedoch eben diese bündnishafte Zusammenarbeit noch keine theoretisch-praktische Modifikation im Hinblick auf eine antikapitalistische, antirevisionistische Betriebspolitik erfahren hat.

Im Rahmen der Arbeit an der Betriebszeitung werden deshalb gemeinsame Arbeitskonferenzen dieser beiden Gruppen, gemeinsam mit der Verlagscooperative und dem INFO stattfinden, deren Reflektionsgegenstand thematisch sich orientieren wird an der Aufarbeitung schon bestehender Ansätze revolutionärer Betriebspolitik (Arbeiterkontrolle, Gewerkschaften etc.) einerseits, und der ebenso empirischen wie nicht empirischen Analyse des Stellenwertes der Arbeit in den Betrieben als Bestandteil der lokalen, regionalen, nationalen, internationalen Strategie politisch-emanzipativer Praxis revolutionärer Arbeit andererseits.

Aus diesem Reflektionszusammenhang ergibt sich der Arbeitszusammenhang, in dem die Betriebszeitung prinzipiell sich nur verifizieren kann als ein organisationspraktisches Medium, insofern sie die Emanzipationseinheit von Arbeiterbewegung und Studentenbewegung als Tendenz aufhebt und praktisch macht.

Dieser Arbeitszusammenhang stellt sich dar als Zusammenhang theoriebildender Praxis und praxisbildender Theorie. Als theoriebildende Praxis ist dieser Zusammenhang gebunden an das als Ansatz zu dem Projekt einer Strukturanalyse sich verstehende Projekt einer Zentralkartei hannoverscher Betriebe wie es näher ausgeführt ist in dem Delegiertenratspapier der BPG III vom 18. 2. 70, deren eine wesentliche Implikation die Untersuchungsarbeit ist, wie sie in den beiden Aufsätzen in der RPK 52 beschrieben wird, auf deren Ebene wir das Problem der Untersuchungsarbeit diskutieren: "Über die Voraussetzungen und Ziele der Untersuchungsarbeit", "Die Durchführung einer Betriebsuntersuchung". Außerdem sind uns diskussionsrelevant folgende Papiere: "Marxistisch-leninistische Untersuchungen kann nur führen, wer die Voraussetzungen studiert und die politischen Ziele, d.h. aber die organisatorischen Prinzipien benennt und sich nach ihnen richtet." (Febr. 1970 W.J./P.N., hektograhpiert) - und "Die Klassenanalyse unter Führung der marxistisch-leninistischen Organisation in Angriff nehmen" (Schneider, Bubenzer, hektographiert). - Andererseits ergibt sich für den Arbeitszusammenhang der Betriebszeitung als theoriebildende Praxis, insofern sie den überbetrieblichen Kommunikationszusammenhang organisiert, die Gebundenheit an einen organisierten Informationszusammenhang mit den Belegschaften der Betriebe. Dieser Informationszusammenhang verändert sich prozessual, insofern sich die Betriebzeitung selber prozessual von einem Medium immernoch studentischer Herkunft (praktische Hilfsfunktion der Intelligenz im Hinblick auf die auch konkrete Annäherung von Arbeiterbewegung und Studentenbewegung) in ein Medium industrieproletarischer Herkunft verändert. Das heißt konkret: Politisierung der Verteilung, Organisation des Rückkoppelungsprozesses, Informantennetz in den Betrieben, Betriebsgruppen - Betriebszeitung als Medium der Betriebsgruppen.

Der Arbeitszusammenhang (die hier - oben und folgend - dargestellten Implikationen sind durchaus als sich historisch verändernde Bestimmungen der Vorläufigkeit unserer Praxis als Betriebsprojektgruppe zu verstehen - vgl. auch hierzu unser Papier zum Delegiertenrat) der Betriebszeitung als praxisbildende Theorie konkretisiert sich als politisch-emanzipative Praxis, indem sie den Emanzipationsbegriff als einen politischen entfaltet, daß heißt den antikapitalistischen Kampf der Arbeiterklasse historisch als einzig möglichen emanzipativen Zusammenhang bewußt macht; das heißt die Notwendigkeit als Freiheit, das Notwendige als Befreiung bewußt macht: und also auch das subjektive Moment des Klassenbewußtseins als historisch entfaltbar erfahrbar macht. Der Theorienbildungsprozeß der Betriebszeitung und derer, die sie machen, wird praktisch als die Rekonstruktion einer proletarischen Öffentlichkeit über die Ebene des Betriebes hinaus,und darin liegt der Sinn ihrer Praxis als einer organisierenden: die kapitalistische Zersplitterung proletarischer Öffentlichkeit als Organisierung des Proletariats nach dem Gesichtspunkt der Verwertbarkeit seiner Arbeitskraft (Großbetrieb, Produktionssphäre) und nach dem Ge-

sichtspunkt der Reproduktion seiner Arbeitskraft (kapitalistische Strukturpolitik, Konsumtionssphäre) wird aufgehoben in dem Prozess der Transzendierung des Klassenbewußtseins über die Ebene des Betriebes hinaus. Die Betriebszeitung ist antikapitalistisch, antirevisionistisch und antiopportunistisch insofern, als sie die Fesselung proletarischer Phantasie, proletarischen Bewußtseins, proletarischer Organisation an die Ebene der Fabrik zerreißt, kapitalistische Herrschaft als Totalität erfahrbar macht und damit proletarisches Unterdrücktsein als Totalität: die Rekonstruktion proletarischer Öffentlichkeit ist untrennbar verflochten der Rekonstruktion des Klassenbewußtseins als eines parteilichen Totalitätsbewußtseins.

Kurz angedeutet kann hier nur werden das Verhältnis der Betriebszeitung zum INFO. Dieses Verhältnis ist konstitutives Element beider Medien insofern, als beide bestimmt sind von dem, was sich andeutet in der mechanistisch verkürzten Fragestellung nach der"Hilfsfunktion der Intelligenz für das Proletariat im Klassenkampf". Das INFO ist Medium der Studentenbewegung und insofern historisch gebunden an deren antiautoritäre Aktionsgeschichte, die theoretisch sich herleitet aus der Kapitalsierungstheorie und dem Modell des autoritären Staates und für deren Praxis die Substitutionsthese bestimmend war. Eine Aufarbeitung der Kapitalisierungstheorie wie sie Karl Heinz Roth (Apopress 22/23, 69) angesetzt hat, und revolutionstheoretischen Überlegungen wie sie Hans Jürgen Krahl anstellte (INFO 6/69) entfaltet sich die Erkenntnis von der Emanzipationseinheit von der politischen Bewegung wissenschaftlicher Intelligenz, welche das Kapital im Prozeß der reellen Subsumtion der Produktivkraft Wissenschaft proletarisiert und mit Bewußtseinsformen völliger Geschichtslosigkeit ausstattet, und der Arbeiterbewegung, die von Faschismus- und Nachkriegserfahrung enthistorisiert und als Organisation zerschlagen wurde.

Wie sich das INFO als Medium revolutionärer Theorienbildung und -diskussion zweckvoll nur im Zusammenhang mit der Betriebszeitung begreifen kann, so kann sich die Betriebszeitung als Medium der Agitation wie oben skizziert nur im Zusammenhang mit dem INFO begreifen: als Faktoren derselben Funktion, die beschrieben werden muß als eben: der Prozeß der Konkretisierung der Emanzipationseinheit von wissenschaftlicher Intelligenz und Industrieproletariat: beide sind Medien desselben antikapitalistischen, antirevisionistischen, antiopportunistischen Emanzipationskampfes: jedes konzipiert nach den Bedürfnissen seiner Empfänger zum Zweck der Historisierung dieser Bedürfnisse.

Auf die hier im Augenblick nur skizzenhaft zu gebenden Argumente hätte sich die Diskussion um eine bestimmtere Konzeption der Betriebszeitung sinnvoll zu stützen (eine Diskussion, die als Reflektionsprozeß im INFO studentische Öffentlichkeit findet, in der Betriebszeitung als sich verändernde kommunikatorische, das heißt agitatorische Praxis konkret wird).

II.
"ARBEITERSACHE" und Anti-Üstra-Aktionen

Es erschien uns zweckmäßig, die Betriebszeitung im Zusammenhang mit konkreten Auseinandersetzungen einzuführen, da wir in einem solchen Zusammenhang eine größere Aufnahmebereitschaft anzutreffen hoffen. Dies hatte zur Folge, daß wir die Diskussi um die Konzeption der ersten Ausgabe, die am kommenden Montag erscheinen wird, pragmatisch führen mußten; gleichwohl haben wir weitgehend die eben skizzierten Überlegungen einbezogen. Im folgenden soll thesenhaft die Konzeption dieser ersten Ausgabe der "ARBEITERSACHE" dargestellt werden.

a) Die Betriebszeitung ist eine Zeitung, die von politisierten Studenten und Lehrlingen mit dem Ziel herausgegeben wird, die Bildung von innerbetrieblichen Gruppen zu unterstützen, sich in deren Informationszusammenhang zu begeben (was heißt, daß sie von diesen Gruppen übernommen werden muß) und dies Informationszusammenhang herzustellen, um ihn zu einem Kampfzusammenhang zu machen. Dieses Moment ist ein Moment des Prozesses der Vereinheitlichung des antikapitalistischen Kampfes von Studentenbewegung und Arbeiterbewegung: gegen die durch das Kapital organisiert Verwertungseinheit von Wissenschaft un Industrie müssen wir die Emanzipationseinheit von wissenschaftlich-technisch Intelligenz und Industrieproletariat politisch organisieren.

b) Die Betriebszeitung, die zu den Üstra-Aktionen erscheint, ist die Sondernummer einer Betriebszeitung, deren Aufgabe es ist, Industriearbeitern des spätkapitalistischen Staates BRD am Gegenstand der Üstra-Fahrpreiserhöhung rationale Einsicht in die spätkapitalistische Produktionsweise: in die aktuelle Erscheingsform des Widerspruchs v Kapital und Lohnarbeit, privater Aneignung und gesellschaftlicher Produktion zu ermöglichen.

c) Ist es Ziel der Üstra-Aktion den Arbeitern der hannoverschen Großbetriebe die Einsicht zu vermitteln, daß ihre

Unterdrückung nicht individuell definiert ist, sondern der Totalität kapitalistischer Klassenherrschaft entspricht: ist es Ziel der Üstra-Aktion, den Arbeitern der hannoverschen Großbetriebe die Einsicht zu ermöglichen, daß sich diese Klassenherrschaft nicht individuell bekämpfen läßt, sondern nur indem die Arbeiterklasse in einen Kampfzusammenhang tritt, sich also selber als eine Totalität erfährt: ist es Ziel der Üstra-Aktion, den Arbeitern der hannoverschen Großbetriebe diesen Kampfzusammenhang als einzig emanzipativen Zusammenhang bewußt zu machen und also auch das subjektive Moment des Klassenbewußtseins als historisch entfaltbar erfahrbar zu machen: dann ist es Aufgabe der Betriebszeitung "ARBEITER-SACHE", diesen Prozeß zu initiieren, zu reflektieren und weiterzutreiben.

Der Agitationszusammenhang der "ARBEITER-SACHE", die zu den Üstra-Aktionen erscheint, ist nicht an die Aktionen insofern gebunden, als dieser Agitationszusammenhang längerfristige Perspektiven hat; andererseits ergibt sich gerade daraus der Agitationszusammenhang, in dem die "ARBEITERSACHE" konkret an die Aktionen gebunden ist.

Daraus ist folgender Themenkatalog abgeleitet:
Erste Ausgabe

1. Die Preiserhöhung
2. Fahrzeit ist Arbeitszeit
3. Die Rolle der Gewerkschaften (implizit: Septemberstreiks)
4. Die Streiks bei Pirelli (im Hinblick auf die Fusion von Dunlop und Pirelli und die Gründung einer gemeinsamen Tochtergesellschaft von Pirelli, Dunlop und Continental) als erster Artikel einer Serie "Klassenkämpfe in Europa".
5. Der Brief von Ernest Mandel an die sozialistischen Gruppen der BRD anläßlich des Limburger Bergarbeiterstreiks, der nur gebrochen werden konnte, weil bundesdeutsche Kohlen angeliefert wurden: die "Solidarität" der Kapitalisten funktionierte, weil die kämpferische Solidarität des Proletariats zerschlagen ist.

Axel-R. Oestmann

Da in den Diskussionen um die Vorbereitung erneuter Anti-Üstra-Aktionen immer wieder die Frage nach dem Stellenwert von Aktionen im sog. "Konsumbereich" und nach den politischen Implikationen der "Rote-Punkt-Aktion" auftauchte, drucken wir den folgenden Artikel ab - zunächst kommentarlos, obwohl wird nicht in allen Punkten mit ihm übereinstimmen.

ROTER PUNKT UND ROTE FAHNE (aus: "Rotes Forum", 4/69, 25.7.1969)

Die Aktionen "Roter Punkt", relative Massenaktionen gegen die Verteuerung von Dienstleistungen, haben auf der Seite der Linken zu ersten Interpretationen geführt.

"Wir nehmen unsere Sache selbst in die Hand"

Heinz Brandt, Redakteur von "Metall", formuliert in "Express International" vom 11. Juli 69 die Perspektive "Vom Roten Punkt zum Roten AStA". Die weitergehende Forderung nach kostenlosem Nahverkehr (Nulltarif) ist für die Neue Linke "der Einstieg zu weiteren, punktuellen (systemsprengenden) Zielforderungen: Klassenloses Krankenhaus; kostenlose Butter (Butterberg), Milch, Wasser, Wohnung...Ein roter Raster wäre denkbar - und gezielte Aktionen in dieser Richtung." Dies ist ungefähr auch die Perspektive der Hannoveraner Linken, die in einer ersten Interpretation ihrer erfolgreichen Aktion in "Arbeiter-Schüler-Studenten-Presse" vom 2o. Juni 69 die Massen dazu auffordert, sich nicht weiter von Parlamenten, Parteien und Gewerkschaften daran hindern zu lassen, "unsere Sache in die eigenen Hände zu nehmen...das heißt, Mietstreiks organisieren, überhöhte Preise für öffentliche Dienstleistungen der Stadtwerke (Gas, Licht, Wasser), der Krankenhäuser, Kindergärten nicht zahlen wollen ("Zahlungsverweigerungskampagne"), exemplarisch Supermärkte besetzen, um die Lebensmittel, die wir brauchen, kostenlos an die Bevölkerung zu verteilen..."

Die Macht, die der Selbstorganisation und haptischen Selbsttätigkeit der Massen entgegensteht, ist die "menschenfeindliche Staatsgewalt". (Rote Pressekorrespondenz, Berlin, vom 27.6.69)

Obgleich sie menschenfeindlich schlechthin ist, bleibt die Arbeiterschaft spezifischer Adressat, dem der SDS über die rote Fahne sich vermitteln muß. "Aber die Solidarisierung von SDS und Arbeiterschaft," schreibt P. Brückner in "Konkret, vom 14.7.69" gegen die DKP," muß über die rote Fahne vermittelt werden." Diese rote Fahne signalisiert der Arbeiterschaft, " daß sich Verkehrsformen kollektiv vernünftig gestalten lassen, wenn nur der Staatsapparat und der Verkehrsbetrieb ' zurückweichen" (Brückner) - und noch kühner Heinz Brandt: " Die staatliche Funktion (Verkehrsregelung) ist

gelähmt, aufgehoben - an ihre Stelle tritt keimhaft die rätеartige Selbstverwaltung einer Sache.(Engels: an die Stelle des Staates tritt die Verwaltung von Sachen)." (Heinz Brandt, a.a.O.) Offensichtlich möchte Brückner dem Proletariat bedeuten, daß ebenso wie der Staßenverkehr die Produktion in den Betrieben sich kollektiv vernünftig gestalten ließe, wenn nur der Staatsapparat einmal zurückgewichen ist. Brückner warnt ausdrücklich davor, den antikapitalistischen Kampf so zu führen, "daß er sich - im Sinne der DKP und anderer Revisionisten - noch traditionellen Formen parlamentarisch-politischer Machtkämpfe zwischen Kapitalimus hier, Sozialismus dort subsumieren ließe. Wir müssen gerade diese Interpretationsmatrix sprengen - sie ist dem System, dem sie sich verdankt, zu sehr verpflichtet."

Brückner führt hier einen neuartigen Revisionismusvorwurf ein. Nicht mehr wird der DKP und anderen kommunistischen Parteien Westeuropas nachgewiesen und vorgeworfen, daß sie den (innenpolitischen) Klassenkampf, der vorzüglich auch ein Kampf des Proletariats um die Staatsmacht ist, zu Gunsten eines für die globale Ost-West-Auseinandersetzung funktionalisierten Bündnisses aller demokratisch friedliebenden Kräfte, an den rostigen Nagel des (außenpolitischen) Interesses der Sowjetunion gehängt hat und damit den Klassenkampf ebenso latent hält wie die Sozialdemokraten oder die Sozialausschüsse der CDU. "Revisionistisch" heißt in dieser Bedeutung - und gerade in Bezug auf das Proletariat - soziale Kämpfe zum Niveau der politischen Bewußtwerdung der Machtfrage zu steigern. Diese neue Bedeutungsbildung ist unter der Annahme, daß die Genese vernünftig-kollektiver Verhaltensweisen lediglich des "Zurückweichens" des Staatsapparats bedürfe und nicht des Sturzes der Herrschaft der Bourgeoisie konsequent und ebenso konsequent, Brückners verflüssigende These auf ihren bornierten Begriff bringend, Brandts euphorische Neuinterpretation Engels', dem es als idealistische Jungfrauengeburt erscheinen muß, wenn die Bourgeoisie herrscht, und die sozialistische Verwaltung von Sachen sich ausbreitet.

Die Diskussion der Prämisse der Kritischen Theorie, die all dem zu Grunde liegt, wonach nicht mehr der Produktionsprozeß und die Arbeiterklasse das Zentrum der Veränderung sind, sondern die unter Apparate subsumierten "Menschen", wird in den kommenden Monaten zur Entscheidung drängen.

Jedenfalls wird deutlich, daß sich unter den genannten Annahmen der Akzent der Interpretation und das Erfolgskriterium der Aktion von der Auseinandersetzung mit dem kapitalistischen Staatsapparat und seiner Agenturen weg auf die Organisation der Rote-Punkt-Aktion verlagert. Nicht die Blockade als "illegale" Handlung und die schließlich erfolgreiche außerparlamentarische Vertretung von Masseninteressen mit der Zielrichtung auf Streiks in den Betrieben und auf Organisierung von in der Aktion individuell mobilisierten Arbeitern in Betriebsgruppen ist relevant, sondern die "Vergesellschaftung" privater Verkehrsmittel in der Selbsttätigkeit der kollektiv vernünftigen Rote-Punkt-Aktion. "Private Verkehrsmittel wurden spontan vergesellschaftet." (Brückner, a.a.O.)

War die Rote-Punkt- Aktion als solche wirklich vergesellschaftend und vernünftig? In Wahrheit war sie ein riesiger Verschleiß von gesellschaftlicher Energie und eine sehr ambivalente Aufhebung gesellschaftlicher Arbeitsteilung. Sie produzierte nicht selten den "Polizisten in jedermann", der autoritärer und asketischer ist als der schlaff rotierende Berufspolizist. Die "Selbstorganisation"des Verkehrs ist unter Absehung des politischen Zwecks ein reaktionärer Rückfall in die ideologische Autarkie des do-it-yourself. Den ohnehin Verwalteten wird zusätzlich die Last der Selbstverwaltung zugemutet. Die "Vergesellschaftung" von "privaten Verkehrsmitteln" muß dem Begriffe nach scheitern oder zu der reaktionären Konsequenz führen, daß wir keine öffentlichen Verkehrsmittel mehr brauchen, bzw. daß wir uns die privaten Verkehrsmittel, die "wir brauchen", "holen". Vernünftig wäre dagegen die Aufklärung gerade darüber, wie schlecht die Produkte der kapitalistischen Produktionsweise, Privatautos, sich zur Organisierung des gesellschaftlichen Verkehrs eignen. Den Autofahrern, die die Rote-Punkt-Aktion unterstützten, einzureden, sie hätten eine temporäre Vergesellschaftung ihrer bis auf die Extras privaten Vehikel vollzogen, ist schlichter Unsinn. Gerade in der Abstraktion der politischen Zwecksetzung (Instrumentalisierung an sich ungeeigneter Mittel für einen politischen Zweck) liegt das aufklärerische Moment, das in letzter Instanz die Privatwagenfahrer zum Aussteigen veranlassen muß. Wenn wir also wirklich die Autofahrer, die Conferenciers der Rote-Punkt-Aktion und die Mitfahrer als "Selbsttätige" hätten agitieren wollen, hätten wir gerade das Unvernünftige ihres Tuns, den Widerspruch zwischen kapitalistischer Autoproduktion und der Möglichkeit eines öffentlich-gesellschaftlichen Verkehrs zeigen müssen.

Nur war eben die tatsächlich existierende Solidarität der an den Aktionen Beteiligten gar nicht über ihre Tätigkeit als "Verkehrsformen kollektiv vernünftig Gestaltende" vermittelt, sondern im Bewußtsein eben jener erfolgreichen Machtauseinandersetzung mit den Unterdrückern. Das Förderliche an der Aktion ist die Substitution der Abstraktion, daß nichts zu machen sei, durch diejenige, daß solidarisch Handelnde nicht ohnmächtig sind. Der Inhalt aber dessen, was zu machen notwendig ist, bestimmt sich aus der Notwendigkeit des Kampfes und nicht aus einem ideologisch verordneten "Selbst", das seine Sache in die eigene Hand nimmt und sich holt, was es braucht.

Günter Mangold

VON DER KRITIK AM AUTORITÄREN RECHTSSTAAT ZUR KRITIK AM AUTORITÄREN SOZIALSTAAT - Zur Debatte des Niedersächsischen Landtages über die Straßenbahn-Aktionen

Soll also in Zukunft auf kommunaler Ebene das strukturelle Problem durch zusätzliche präventive Manipulation verschleiert werden, so wurde sowohl im niedersächsischen als auch im badenwürttembergischen Landtag die Ausmerzung der momentanen Avantgarde selbst diskutiert. Wichtig ist hierbei die Analyse der Haltung der NPD. Während verschiedene Genossen die z.T. vorpolitische Sympathie der Massen geradezu als faschistische Hysterie interpretierten und sich dabei mit Uwe Nettelbecks elitärem Ästhetizismus trafen ("Notabene Hannover" in: konkret Nr. 14/1969), versuchte die NPD in keiner Weise, die Aktionen auszubeuten, obwohl deren vorpolitischer Charakter einen solchen Versuch doch scheinbar gestattete. Die NPD machte sich im Gegenteil zum Sprecher des Apparats, der jede auch vorpolitische Massenspontaneität unterdrücken muß. Dies belegt, daß selbst auf die NPD der traditionelle Begriff des Faschismus nicht mehr zutrifft, daß der Faschismus heute ohne Umwege den Apparat in die Hand zu bekommen versucht, weil dieser schon selbst faschistisch ist und nur noch von einigen Hemmungen befreit werden muß. Als von Thadden rügte, daß in Hannover nicht sofort "die kleine Gruppe von etwa 25 Hauptakteuren ... kurzerhand hopp genommen und eingesperrt" wurde, wurde er von dem SPD-Innenminister lediglich darauf hingewiesen, daß das nicht ausgereicht hätte: "Herr von Thadden, wir haben es bisher nicht nur mit einer kleinen radikalen staatsfeindlichen Gruppe zu tun gehabt, sondern sehr bald mit einem wesentlichen Teil der Bevölkerung, insbesondere der Arbeiterschaft unserer Hauptstadt", und Peter von Oertzen (SPD) fügte hinzu: "Ich glaube, daß diejenigen, die in solch schwieriger Situation stehen, mit der Entwicklung allgemeiner, noch so gut gemeinter Grundsätze verhältnismäßig wenig geholfen ist."

Zwischen Lehners (SPD) und Thadden stellte sich sehr schnell ein Einverständnis derart her, daß die letzten liberalen Hemmungen im Apparat beseitigt werden müßten, um gefährliche Massenbewegungen p r ä v e n t i v bekämpfen zu können. Das sei jedoch noch nicht möglich, klagt Lehners. Zwar werde gegen Einzelne Anzeige erstattet: "Aber was unsere Gerichte daraus machen, wissen wir auch. Ich denke an das Bremer Urteil (v. Thadden, NPD: Richtig! Sehr Richtig!)." Und von Thadden zieht die Konsequenz: "Herr Minister Lehners, ich bin der Auffassung ... (s.u. "AUSCHNITTE AUS DER DEBATTE ...") ... Das ist es, meine Damen und Herren, worum es geht! (Beifall bei der NPD)"

Dokumente wie diese machen klar: Die Faschisierung der Bundesrepublik vollzieht sich nicht über eine faschistische Massenbewegung, deren Mobilisierung nicht einmal durch die NPD-Führung erstrebt wird, sondern auf der Grundlage der Apathie der Massen d u r c h d e n S t a a t s a p p a r a t s e l b s t, dessen legale Organe sich legale Mittel dafür beschaffen, jede Massenmobilisierung durch Präventivmaßnahmen unmöglich zu machen. Offensichtlich ist die Legimationsgrundlage des monopolkapitalistischen Staates so schmal, daß die Massenloyalität dauerhaft nicht durch die Manipulation der Massen, sondern nur ohne weiteren Umweg über die "Rationalisierung" des Unterdrückungsapparates gewährleistet werden kann, die schon die Herausbildung einer aktiven sozialistischen Minderheit ausschließen soll.

(Joscha Schmierer, in: Straßenbahnaktionen '69, Agitation 1, München: Verlagskooperative Trikont, o.J.

In der Debatte des Niedersächsischen Landtages vom 19.6.69 über die Straßenbahnaktionen (s.u.) zeichnete sich eine interessante arbeitsteilige Kooperation zwischen SPD einerseits und CDU/NPD andererseits ab. Der Sprecher der CDU, Brandes katalogisierte eine stattliche Reihe von "gröblichen strafbaren Handlungen": Amtsanmassung, Stillegung des Schienenverkehrs, Sachbeschädigung, grober Unfug, Aufruhr, Auflauf, grobe Verkehrsdelikte etc. Und von Thadden sekundierte: "Die Serie von Vergehen, die hier begangen wurde, ist in der Tat eindrucksvoll: Sachbeschädigung, öffentliche Sachbeschädigung, permanente Auforderung zu strafbaren Handlungen, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Aufruhr, Hausfriedensbruch, Verkehrsgefährdung, schwere Verkehrgefährdung." Als ihnen vergehalten wird, daß der Einsatz "legaler" staatlicher Zwangsmittel in der Situation spontaner Massenbewegungen eine zwieschlächtige Waffe sei, schlagen sie eine Reihe halblegaler, illegaler, rechtsmanipulativer Maßnahmen vor: "die Gruppe von 25 Hauptakteuren kurzerhand hoppnehmen und einsperren", "Ein Anruf des Herrn Innenministers bei seinem Kollegen aus dem Justizressort hätte folgen können mit der Bitte, den zuständigen Oberstaatsanwalt im

Rahmen eines ganz sanft gehandhabten Anregungsrechts - nicht Weisungsrechts - anzusprechen: Herr Kollege, es wäre schön, wenn jetzt schnell etwas passiert." Von Thadden: "... (Minister Lehners: ... Bisher hat sich noch kein Richter gefunden, den Argunenten der Polizei zu folgen und einen Haftbefehl auszusprechen - auf Grund der Gesetze in Deutschland! - Zuruf von der CDU: Dann müssen die Gesetze geändert werden!) Herr Minister Lehners, genau das ist es doch, was ich ausspreche! In welcher unglücklichen Lage sind Sie denn als Innenminister eines Bundeslandes, daß sie derartige Erklärungen hier abgeben müssen und hier nicht sofort daraus der Schluß gezogen wird, daß es, wenn es so ist, doch nun wirklich an der Zeit ist, die Gesetze so zu ändern, daß sie der heutigen Zeit entsprechen." Hier wird deutlich wie das Rechtsstaatsprinzip zur Bedingung der Möglichkeit der Manipulation positiven Rechts wird - seiner "legalen" Manipulation gleichsam. Die Verfechter dieses Prinzips geraten aber in eine für sie fatale Dialektik: Ihre Manipulation schmälert und verzehrt tendenziell die Legitimationsbasis von Rechtssetzung, -durchsetzung und -grantie. Hier nun setzt die Arbeitsteilung ein. Die SPD akzentuiert das "Sozialstaatsprinzip", wobei der Unterschied zum Rechtsstaatsstandpunkt nur eingradueller ist, so daß sie nur in ihrer Einheit, arbeitsteilig vertreten, wirksam werden können. Lehners: "Diese (die Arbeiterschaft unserer Hauptstadt) insbesondere hat sich für ein sozial erstrebenswertes Ziel eingesetzt. Sozial gerechte Tarife sind für die arbeitende Bevölkerung, ob Sie das wahrhaben wollen oder nicht, nach wie vor ein sehr bedeutsames und wichtiges Ziel." ders.: "Hinzu kam, daß sich die großen Arbeitnehmerorganisationen ... in Vertretung der Arbeitnehmerschaft, die ja am härtesten von einer Fahrpreiserhöhung betroffen wird, am Mittwoch und Donnerstag ebenfalls solidarisierten - nicht mit den Demonstrationsteilnehmers, sondern mit den Demonstrationszielen." Ist die Identifikation der Massen mit den scheinallgemeinen Organen des Staates, oder jedenfalls ihre Loyalität oder auch nur Duldung, nicht mehr über den Rechtsstandspunkt zu vermitteln, weil das Recht als Recht der herrschenden Klasse zu erscheinen beginnt, muß der Staat sich den Schein eines Subjekts der sozialen Reform und "Daseinsfürsorge" geben. Für das subjektive Bewußtsein der Massen vermag der Staat nur noch als Sozialstaat den Schein seiner Allgegemeinheit aufrechtzuerhalten.

Der Sozialstaat aber verschafft dem Klassenstaat nicht nur eine Legitimationsbasis und erneut den Schein der Allgemeinheit, sondern wirkt gleichzeitig als entpolitisierender und apathisierender Sozialfürsorger. Er sichert sich so die Loyalität der lohnabhängigen Massen und fixiert sie gleichzeitig in den Bannkreis unmittelbarer materieller Existenzsicherung und abstrahiert wirksam von der emanzipativen Dimension gesellschaftlicher Praxis, so daß der Widerspruch zwischen gesellschaftlichen Produktivkräften und rechtlich gesicherter privater Aneignung außerhalb des praktischen Erfahrungszusammenhanges der Massen bleibt.

Dieser auf materieller Bestechung basierende Schein der Allgemeinheit wird ideologisch abgestützt durch einen auf einem formalen Konfliktbegriff beruhenden Demokratiebegriff: Von Oertzen (SPD): "Man redet so leicht von dem Druck der Straße, vor dem man nicht zurückweichen dürfe, und man beschwört so gern die Autorität des Staates, die unbedingt aufrechterhalten werden müsse. Mir scheint, hier liegen gewisse Mißverständnisse über das Wesen und das Funktionieren eines demokratischen Staates in einer modernen und vielfältigen - wie man so sagt - pluralistischen und notwendigerweise von Konflikten durchzogenen Gesellschaft vor. Es ist doch nicht so, meine Damen und Herren, als ob Parlamente auf Bundesebene, auf Landesebene oder auf kommunaler Ebene im luftleeren Raum stünden. Wir stehen alle tagtäglich unter einem gewissen Druck der Gesellschaft, deren einzelne Gruppen und Interessen wir vertreten wollen und vertreten müssen. ... Autorität in einem demokratischen Staat ... ist kein dauerndes und gewissermaßen auf ewig als fester Besitz verfügbares Gut, sondern sie beruht notwendigerweise auf dem Vertrauen, auf der aktiven Zustimmung und der verantwortlichen Mitarbeit der Bürger, die immer wieder aufs neue gewonnen werden müssen."

Diese Arbeitsteilung läßt sich auch an der Geschichte der Bundesrepublik nachweisen: Extensive Sicherung der privaten Verfügung über Produktionsmittel und Ausschaltung gegenläufiger Tendenzen in fast 20jähriger CDU-Herrschaft, Überwindung der mit dem Ende der Rekonstruktionsphase auftauchenden Reproduktions- und Strukturkrisen durch die "Große Koalition" (NS-Gesetze, Konzertierte Aktion, Mittelfristige Finanzplanung), Fraktionswechsel der Bourgeoisie in Bonn zur Durchführung massenloyalitätserhaltender Detailkorrekturen. Die an die Phase der Großen Koalition fixierte Kritik der Studentenbewegung am autoritären Rechtsstaat muß überführt werden in die Kritik am autoritären Sozialstaat. (A.K.)

ZUM THEMA "Situation des öffentlichen Nahverkehrs"

Dr. Diederichs, Ministerpräsident (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Schwierigkeiten in der Landeshauptstadt veranlassen mich zu folgender Erklärung: Stadt und Üstra haben einen neuen Tarif ausgehandelt, der den Weg zu einer Normalisierung des Nahverkehrs frei macht. Ich darf der Zuversicht Ausdruck geben, daß die Bevölkerung dem fairen Verhandlungsergebnis, das noch manche Sorge in sich trägt, zustimmen wird.

Zweckgerechte Maßnahmen des Innenministers sowie das zurückhaltende Verhalten der Polizei (Zuruf von der CDU: Druck der Straße!) haben nach unserer Auffassung in den vergangenen Tagen mögliche schwere Unruhen in der Landeshauptstadt zu vermeiden versucht und vermieden. (Beifall bei der SPD und Zischen.) Das verdient Vertrauen. (Erneutes Zischen. — Beifall bei der SPD. — Glocke des Präsidenten.)

Brandes (CDU): Wir sollten uns dessen bewußt sein, daß es unser gemeinsames Anliegen in diesem Hause, dem Landesparlament, sein muß, jeden auch nur denkbaren Schaden von unserem demokratischen Staat abzuwenden, um nicht eines Tages Früchte heranwachsen zu sehen, die niemand von uns ernsthaft wollen kann. (Beifall.)

Wir haben festgestellt, daß am Sonnabend, dem 7. dieses Monats, eine Woche nach Inkrafttreten der Tarife, die bis dahin erhoben und bezahlt worden sind, zuerst der Versuch gemacht worden ist, den Verkehr lahmzulegen, und zwar von einer relativ kleinen Gruppe, die sich im wesentlichen auf dem Steintorplatz domiziliert hatte, so darf man wohl sagen nach dem, was sich dort in jeder Hinsicht ereignete. Ich habe mich selbst davon überzeugt.

Es ist an diesem Tage möglich gewesen, den Verkehr wieder in Gang zu setzen, nachdem sich die Straßenbahnwagen zum Teil schon bis hin zum Bahnhof gestaut hatten. Am Montag, dem 9., haben sich diese Vorgänge wiederholt, wobei es erneut möglich gewesen ist, den Verkehr schließlich wieder einigermaßen laufen zu lassen, während es dann am Dienstag, dem 10., zu schweren Zusammenstößen zwischen der Polizei und den sogenannten Demonstranten gekommen ist, bei denen auch eine große Anzahl von Verhaftungen vorgenommen worden ist und Verhöre durchgeführt worden sind.

Am Dienstag, dem 10., war der Beginn des Zusammenbruchs des Verkehrs. Soweit mir bekannt geworden ist — wobei ich natürlich der Antwort der Landesregierung aufmerksam entgegensehe —, hat am Mittwoch kein Verkehr mit Straßenbahnen und Omnibussen der Üstra mehr stattgefunden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei dem, was sich ereignet hat, handelte es sich um eine ganze Reihe von gröblichen strafbaren Handlungen; um Amtsanmaßung, zumindest bei einigen, um Stillegung des Schienenverkehrs, um Sachbeschädigung und um groben Unfug. Ich weiß nicht, ob man nicht auch Aufruhr, ob man nicht auch Auflauf sagen muß. Eine Fülle von strafbaren Handlungen hat sich da ereignet — abgesehen von dem groben Verkehrsdelikt, das darin besteht, daß eine Anzahl von Kraftfahrern einfach der Meinung war, sie könnten die Ausweichstellen der Straßenbahn — auch das habe ich mit eigenen Augen gesehen — als Straße benutzen. Eine Fülle von strafbaren Handlungen nicht geringen Charakters hat sich an diesen Stellen ereignet, wo diese Gruppen der Meinung waren, dieser Teil der Stadt, wenn auch natürlich begrenzt, stehe zu ihrer Verfügung.

Wir wollen das hervorheben, um deutlich zu machen, daß es keine Kinderspielerei war, daß das auch keineswegs Dinge sind, die man als Jugendstreiche hinnehmen kann, sondern daß es sich um Handlungen gehandelt hat, für die in unserem Strafgesetzbuch erhebliche Strafen ausgesetzt sind ...

Und nun zum Ergebnis: Wir haben die überraschende Feststellung gemacht, daß der Üstra-Verkehr in Hannover ausgefallen ist und daß trotzdem kein Verkehrschaos entstanden ist — das müssen wir feststellen —, und zwar dank des Einsatzes einer großen Zahl von Autofahrern, die freiwillig, zum Teil auf eigene Kosten, Beträchtliches geleistet haben.

Lehners, Innenminister (SPD): Insgesamt wurden an diesen beiden Tagen, am Sonnabend und am Montag, 19 Personen festgenommen, in die Polizeihaftstation eingeliefert und nach den erforderlichen Vernehmungen wieder entlassen. Es ist selbstverständlich, Herr Brandes, daß gegen sie Anzeige erstattet wird. Aber was unsere Gerichte daraus machen, wissen wir auch. Ich denke an das Bremer Urteil (v. Thadden [NPD]: Richtig! Sehr richtig!).

Für die, die es nicht wissen: In diesem Bremer Urteil sieht man unter bestimmten Umständen das Sitzen auf Straßenbahnschienen als legitim an! (Brandes [CDU]: Kaum zu begreifen!)

Am Mittwoch und am Donnerstag sowie am Freitag und Samstag und Sonntag wurde die Polizei auf meine ausdrückliche Weisung nicht mehr gegen die Demonstrationen eingesetzt, weil sich inzwischen nicht nur der Solidarisierungsprozeß in der hannoverschen Bevölkerung in einem Maße fortgesetzt hatte, wie es sich ein außenstehender Abgeordneter gar nicht vorstellen kann. Hinzu kam, daß sich die großen Arbeitnehmerorganisationen — ich will deren Verhalten hier nicht würdigen oder kritisieren, das steht mir hier in dieser Stunde nicht zu — in Vertretung der Arbeitnehmerschaft, die ja am härtesten von einer Fahrpreiserhöhung betroffen wird, am Mittwoch und Donnerstag ebenfalls solidarisierten — nicht mit den Demonstrationsteilnehmern, sondern mit den Demonstrationszielen. Das insgesamt brachte mich zu der Auffassung, von einem weiteren Polizeieinsatz ab Mittwoch Abstand zu nehmen. Ich komme aber gleich noch weiter darauf zu sprechen.

... Ich weiß, daß es Leute in diesem Lande gibt — ich sage das hier ganz bewußt und ganz kalt —, sie sind sicherlich nicht in diesem Hause zu finden, die vielleicht gern auch zur Schußwaffe gegriffen hätten.

Kasimier (SPD): ... Der öffentliche Nahverkehr wird für die nächsten Jahre und Jahrzehnte besonders in den Ballungsgebieten ein Hauptschwerpunkt sein müssen. Die Stadt Hannover hat jetzt mit ihrer Entscheidung, den Üstra-Tarif zu senken, einen entschlossenen Sprung nach vorn getan. Sie hat versucht, auf ihre Weise ein modernes Konzept der Nahverkehrspolitik zu entwickeln. Wenn dieses Vorhaben gelingt — und ich hoffe sehr, daß es gelingt —, dürfte erreicht werden, daß wir endlich dem öffentlichen Nahverkehr diejenige Rolle zukommen lassen können, die ihm gebührt, also die Rolle Nr. 1! ...

Das ist die Aufgabe, die uns bei dieser Aktion deutlicher denn je bewußt geworden ist. Diese Aktion zwingt die Verantwortlichen in Stadt, Land und Bund schneller, als sie es vielleicht sonst getan hätten, nach den erforderlichen Lösungen zu suchen.

Von Thadden (NPD): In dem Zusammenhang ist viel von dem Privatbetrieb Üstra und seiner Dividende die Rede gewesen. Sie alle wissen, daß dieser Betrieb zu 78 Prozent in quasi öffentlicher Hand des Bundes und der Veba ist, die ein teilprivatisiertes Unternehmen ist; außerdem ist die Stadt daran beteiligt. Wenn man jedenfalls von der berühmten Dividende von 1,4 Millionen

DM alle die öffentlichen Hände absetzt, die daran beteiligt sind, dann bleibt am Ende eine Dividendensumme übrig, über die ernsthaft zu reden überhaupt nicht möglich ist. Das ist der Sachverhalt, der in diesem Zusammenhang festgestellt werden kann.

... Während in den Nebenstraßen Hannovers Autofahrer, die ihre Parkzeit überschritten hatten, von der Polizei unnachsichtig herangekriegt wurden (Hedergott [FDP]: Sehr richtig!), standen auf den Hauptverkehrsschlagadern, Jugendliche in zum Teil abenteuerlichem Aufzug, um dort ihrerseits den Verkehr zu regeln. Herr Brandes fing mit der Aufzählung des Kataloges an. Die Serie von Vergehen, die hier begangen wurde, ist in der Tat eindrucksvoll: Sachbeschädigung, öffentliche Sachbeschädigung, permanente Aufforderung zu strafbaren Handlungen, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Aufruhr, Hausfriedensbruch, Verkehrsgefährdung, schwere Verkehrsgefährdung. Alles das, meine Damen und Herren, wäre in dieser Eskalation niemals möglich gewesen, wenn zu Beginn, und zwar spätestens an dem berühmten Dienstag, die Polizei die kleine Gruppe von etwa 25 Hauptakteuren — der Kriminalpolizei seit eh und je als gute alte Kundschaft namentlich bekannt, weil sie immer wieder mit ihnen Kontakt hatte — kurzerhand hoppgenommen und eingesperrt hätte. Ein Anruf des Herrn Innenministers bei seinem Kollegen aus dem Justizressort hätte folgen können mit der Bitte, den zuständigen Oberstaatsanwalt im Rahmen eines ganz sanft gehandhabten Anregungsrechts — nicht Weisungsrechts — anzusprechen: Herr Kollege, es wäre schön, wenn jetzt schnell etwas passiert. — Die Unterlagen dafür hat die Polizei in Ordnern griffbereit zur Verfügung. Sie kann den Wiederholungsfall aus früheren Zeiten immer unschwer nachweisen. Es ist alles genau vorhanden.

... Meine Damen und Herren! Der heiße Sommer war angekündigt. Der verantwortliche Minister, unser Innenminister, Herr Lehners, hat kürzlich noch in diesem Hause gesagt, daß der heiße Sommer in Niedersachsen nicht stattfinden werde, daß genügend Wasser und andere Mittel vorhanden seien, um die Dinge abzuwenden. Schon bei der ersten Gelegenheit, und zwar im späten Frühling, ist nun der heiße Sommer da, und nichts passiert! Die Polizei wird zurückgezogen, man überläßt die Landeshauptstadt der ApO.

Deshalb sind wir der Auffassung: Die Landesregierung hat in diesem Zusammenhang durch ihren Innenminister versagt. Da die Landesregierung offenbar selbst nicht weiß, was sie über die Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten hinaus zu der Sache sagen soll, muß das hier in diesem Hause geschehen, und das, was hier zu sagen ist, meine Damen und Herren, ist die Aufforderung an den Herrn Ministerpräsidenten, den Innenminister zu entlassen als Konsequenz dessen, was hier geschehen ist! (Beifall bei der NPD. — Striefler [SPD]: Sie haben noch Konzentrationslager zu fordern vergessen!)

Hedergott (FDP): ... Wenn wir von der Polizei erwarten, daß sie Ruhe und Ordnung, und, wie es so schön heißt, rechtsstaatliche Prinzipien in jedem Falle durchsetzt, müssen wir uns als Parlamentarier ständig dafür interessieren — und wir müssen darüber informiert sein —, ob die Kräfte der Polizei dafür überhaupt ausreichen. Wenn diese Kräfte nicht ausreichen, dann allerdings muß ich sagen, daß es auch keinen Zweck hat, von der Polizei einen Einsatz zu erwarten, den sie unter den gegebenen Verhältnissen gar nicht leisten kann. Um noch ein Wort zu sagen: Ich bin nicht fürs Schießen; ich bin nicht für eine Eskalation in dieser Frage ...

... Ich meine, wir müssen uns eine Konzeption für die Nahverkehrsmittel einfallen lassen. Wenn es etwas Betrübliches bei der ganzen Situation gibt, dann ist es das, daß im nachhinein alle Leute sich darüber klar sind, daß hier etwas Entscheidendes geschehen muß. Von Herrn Minister Möller (Minister für Wirtschaft und Verkehr) habe ich vorhin so schöne Dinge gehört: Der Bund muß verzichten auf Mehrwertsteuer, Mineralölsteuer; das ist richtig. Die Stadt Hannover muß auf ihre Straßenbenutzungsgebühr verzichten, und es gibt so viele kluge Dinge! Ich habe manchmal das Gefühl, daß derselbe Effekt eintritt wie bei mancher Studentenversammlung. Das hat jeder von uns so oft zu hören bekommen: Solange wir Denkschriften gemacht haben und solange wir geredet haben, hat kein Mensch auf uns gehört. Als wir aber anfingen, mit Eiern zu schmeißen, die Talare aufs Korn zu nehmen, Unruhe stifteten oder Terror machten, da wurden wir erst gehört und ernst genommen.

Mir tut es, ehrlich gesagt, leid, mir tut es sehr leid, daß wir also so schöne kluge Dinge über die Verbesserung des Nahverkehrs mit den Maßnahmen, die Bund, Land und Stadt tun müssen, erst im nachhinein, im Anschluß an Demonstrationen der gehabten Art, tun und nicht schon vorher gemacht haben. (Beifall bei der FDP.)

Lehners, Innenminister (SPD): Herr von Thadden meinte, daß durch die Festnahme von 25 Rädelsführern das Problem in den ersten Tagen zu lösen gewesen wäre. Herr von Thadden, wir haben es bisher nicht nur mit einer radikalen staatsfeindlichen Gruppe zu tun gehabt, sondern sehr bald mit einem wesentlichen Teil der Bevölkerung, insbesondere der Arbeiterschaft unserer Hauptstadt. (Widerspruch bei der NPD.) Diese insbesondere hat sich für ein sozial erstrebenswertes Ziel eingesetzt. Sozial gerechte Tarife sind für die arbeitende Bevölkerung, ob Sie das wahrhaben wollen oder nicht, nach wie vor ein sehr bedeutsames und wichtiges Ziel. (Beifall bei der SPD. — Zuruf: Das hätte man aber vorher machen können!)

... Wenn Sie, Herr von Thadden, glauben, solche Probleme mit Festnahmen lösen zu können, so scheinen Sie sich entweder in der Zeit oder im Ort geirrt zu haben! (Beifall bei der SPD.) 1933 hat man freilich mit der sogenannten Schutzhaft alle mißliebigen Personen mundtot gemacht. In Griechenland scheint man das auch heute wieder vorzuexerzieren. Aber wir leben im Jahr 1969 (von Thadden [NPD]: Vorbeugehaftgesetze!) und in einem durch unser Grundgesetz gesicherten demokratischen Rechtsstaat. Hier können wir diese Probleme nicht nur mit den Machtmitteln des Staates lösen ...

Es wäre bei der Eskalation eine Kleinigkeit gewesen, ab Mittwoch die Krankenhäuser der Landeshauptstadt zu füllen; eine Kleinigkeit, das sage ich ausdrücklich. (Zustimmung bei der SPD.) Das ist doch die Konsequenz (nach rechts gewandt) Ihres Wollens, meine Herren. Hier hat mir noch keiner gesagt, was ab Mittwoch hätte passieren können.

Müller (CDU): Ich möchte eines hier feststellen: Nach meiner und meiner Freunde Auffassung sind in Hannover unendlich viele Bürger dieser Stadt und des Umlandes auf die Maßnahmen ausgezeichnet geschulter Revolutionäre hereingefallen. Maoistische Lehrer hätten das, was hier abgelaufen ist, nicht bessermachen können! Lassen Sie mich eines hier mit aller Deutlichkeit sagen. Ich nehme das auf meine Kappe, glaube aber, daß meine Freunde in der Fraktion und mehr als die mit dieser Feststellung einverstanden sein werden: Es wird immer davon gesprochen, es gebe einen harten Kern. Wenn es diesen harten Kern in der Zahl weniger Personen gibt, dann sind wir verpflichtet, zum Schutze dieses Staates, zum Schutze der Bürger dieses Staates diesen harten Kern ganz hart anzufassen! Gewalt erzeugt Gegengewalt! (Beifall bei der CDU. — Kasimier [SPD]:

Wir sollten uns langsam abgewöhnen, die Sprache dieser . . . !)

(Zuvor hatte Thadden sich beklagt, sein Auto sei in Amberg von Demonstranten demoliert worden. Hierauf erwidert Müller:) Es sollte uns überhaupt nicht gleichgültig sein, daß Faustschläge anstelle von politischen Argumenten langsam versuchen, das Leben draußen zu beherrschen! (Beifall bei den Regierungsparteien.) Das gilt für alle. Das gilt auch für Herrn von Thadden und sein Auto in Amberg. Wir verlangen nur eine kleine Gegenleistung. Wir verlangen die Gegenleistung, daß zum Beispiel Diskussionsredner von SPD, CDU oder CSU nicht aus NPD-Versammlungen herausgeschleift oder durch die Fenster herausgeschmissen werden! Das ist die Gegenleistung, die wir erwarten. (Beifall bei der CDU.)

Bruns (SPD): Ich bin der Meinung, wir sind stark genug, um die Werte unseres Staates zu verteidigen; aber dieses Selbstbewußtsein vermißt man bei sehr vielen Repräsentanten dieser demokratischen Ordnung. Wir sollten doch nicht vergessen, daß manch einer von uns schon im Dritten Reich mit Erfolg jene Werte verteidigt hat, die zu den Grundpfeilern unseres neuen Staates gehören. (Brandes [CDU]: Nanu!) Wie wir uns hier in diesem Parlament verhalten, werten wir die ApO auf. Der Meinung bin ich. Denn die ApO müßte sich ja ins Fäustchen lachen, wenn es ihr gelingen würde, ein Parlament oder eine Landesregierung zu erschüttern. (v. Thadden [NPD]: Nur wenn die Sie hören!) Unsere Parole ist: Evolution ja, denn wir wollen ja diesen Staat weiterentwickeln. Aber: Revolution nein!

Von Thadden (NPD): . . . So weit, daß die Polizei heute schon gezwungen wäre, Pistolen überhaupt in die Hand zu nehmen, ist es meines Erachtens noch nicht. (Minister Kubel: Eben!) Noch nicht! Aber — und darum geht es — es gilt eine Eskalation zu verhindern, bei der das Ziehen der Pistolen in absehbarer Zeit ein zwangsläufiges Mittel sein wird. Das ist das Thema, über das wir hier zu sprechen haben.

Herr Minister Lehners, ich bin der Auffassung — und der Herr Justizminister hat dem eben nicht widersprochen —, daß man bei den Rädelsführern, die alle listenmäßig bekannt sind (Zuruf: Hoffentlich!) — natürlich hoffentlich! —, ohne weiteres eine sachgerechte Verhaftung . . . (Minister Lehners: Das lehnen doch die Richter ab!) Herr Minister, Sie sagen, die Richter lehnen das ab. Wenn die Polizei vorträgt — und das kann sie — (Minister Lehners: Das tut sie auch!), daß in diesen Fällen eine Fluchtgefahr begründet ist, weil ein dringender Tatverdacht in Verbindung mit strafbaren Handlungen, Anstiftung zum Landfriedensbruch usw. vorliegt, dann ist eine Untersuchungshaft in der jetzt üblich gewordenen Kürze nach der Strafprozeßordnung auch heute noch zulässig. Ich gebe zu, das ist jetzt außergewöhnlich kompliziert nach den Bestimmungen des Strafrechtsänderungsgesetzes. (Minister Lehners: Herr von Thadden, ein Zwischenruf: Es laufen gegen einige dieser Rädelsführer seit Monaten sechs Verfahren! Bisher hat sich noch kein Richter gefunden, den Argumenten der Polizei zu folgen und einen Haftbefehl auszusprechen — auf Grund der Gesetze in Deutschland! — Zuruf von der CDU: Dann müssen die Gesetze geändert werden!) Herr Minister Lehners, genau das ist es doch, was ich anspreche! In welcher unglücklichen Lage sind Sie denn als Innenminister eines Bundeslandes, daß Sie derartige Erklärungen hier abgeben müssen und hier nicht sofort daraus der Schluß gezogen wird, daß es, wenn es so ist, doch nun wirklich an der Zeit ist, die Gesetze so zu ändern, daß sie der heutigen Zeit entsprechen. Das ist es, meine Damen und Herren, worum es geht! (Beifall bei der NPD.)

Professor von Oertzen (SPD): Ich muß gestehen, als ich das Wort des Kollegen von Thadden — es ist schon einmal zitiert worden, ich will es trotzdem noch einmal aufgreifen — von dem einfachen Hoppnehmen der radikalen Führer gehört habe, ist es mir doch ein wenig kalt den Rücken heruntergelaufen. (Beifall bei der SPD.)

Das eigentliche Problem für den, der sich in der konkreten Situation zu entscheiden hat, liegt dort, wo die Frage beantwortet werden muß, mit welchen Mitteln, in welchem Verhältnis und bis an welche Grenze hart durchgegriffen werden soll. Ich glaube, daß denjenigen, die in solch schwierigen Situationen stehen, mit der Entwicklung allgemeiner, noch so gut gemeinter Grundsätze verhältnismäßig wenig geholfen ist. Es besteht kein Zweifel — ich möchte das ausdrücklich betonen, und ich glaube, das ganz nachdrücklich auch im Namen meiner Fraktion sagen zu können —, daß gesetzwidrige Störungen durch begrenzte Gruppen durch angemessenen Polizeieinsatz behoben werden können und in Hannover am Sonnabend, am Montag und am Dienstag — im großen und ganzen; Einzelheiten mögen diskutiert werden — unter beträchtlichem Kraftaufwand auch behoben worden sind. Das eigentliche Problem, vor dem wir jetzt stehen und in Zukunft vielleicht wieder einmal stehen werden und vor dem damals die Verantwortlichen standen, lag darin — so scheint mir —, daß sich am Dienstag nicht mehr nur kleine Gruppen, sondern große und wachsende Teile der Bevölkerung diesen Aktionen angeschlossen haben. (Rudolph [NPD]: Sehr richtig!)

. . . Es geht darum, daß es Situationen gibt, in denen eine Bewegung einen politischen Charakter annimmt, in denen der harte Polizeieinsatz eben an der Bewegung abprallt.

Gestatten Sie mir nun noch ein paar grundsätzliche Bemerkungen in diesem Zusammenhang. Man redet so leicht von dem Druck der Straße, vor dem man nicht zurückweichen dürfe, und man beschwört so gern die Autorität des Staates, die unbedingt aufrechterhalten werden müsse. Mir scheint, hier liegen gewisse Mißverständnisse über das Wesen und das Funktionieren eines demokratischen Staates in einer modernen und vielfältigen — wie man so sagt — pluralistischen und notwendigerweise von Konflikten durchzogenen Gesellschaft vor. Es ist doch nicht so, meine Damen und Herren, als ob Parlamente auf Bundesebene, auf Landesebene oder auf der kommunalen Ebene im luftleeren Raum stünden. Wir stehen alle tagtäglich unter einem gewissen Druck der Gesellschaft, deren einzelne Gruppen und Interessen wir vertreten wollen und vertreten müssen. (Beifall bei der SPD.)

Ein weiteres: Autorität in einem demokratischen Staat — selbstverständlich muß es in einem demokratischen Staat ebenso Autorität geben wie in jedem anderen politischen Gemeinwesen — ist kein dauerndes und gewissermaßen auf ewig als fester Besitz verfügbares Gut, sondern sie beruht notwendigerweise auf dem Vertrauen, auf der aktiven Zustimmung und der verantwortlichen Mitarbeit der Bürger, die immer wieder aufs neue gewonnen werden müssen.

DEM AUTORITÄREN WOHLFAHRTSSTAAT DIE MASSENLOYALITÄT AUFKÜNDIGEN!

Strategische Anmerkungen zur 2. ÜSTRA-Aktion

"Ihr habt 15, 20, 50 Jahre Bürgerkrieg und Völkerkämpfe durchzumachen, nicht nur um die Verhältnisse zu ändern, sondern um euch selbst zu ändern und zur politischen Herrschaft zu befähigen." (Karl Marx, Enthüllungen über den Kommunistenprozeß zu Köln)

Die Analysen der Straßenbahnaktionen des vergangenen Sommers (Straßenbahnaktionen -69, SDS Hannover Heidelberg BV, Agitation 1, Trikont Verlagskboperative) erkannten alle als Zentralproblem der Aktionen die revolutionsstrategische Bedeutung des massenhaften Angriffs auf Dienstleistungssektoren des organisierten Kapitals, ohne aber eine befriedigende Erklärung und Einordnung in eine sozialistische Gesamtstrategie geben zu können. Wir müssen, am Vortag einer erneuten Tariferhöhung der ÜSTRA, uns noch einmal versuchen Rechenschaft abzulegen über unsere eigenen Erfahrungen und jene Erfahrungen, die die Genossen in anderen Städten gemacht haben. Wir fragen: Welche revolutionsstrategischen Konsequenzen sind aus dem erfolgreichen Angriff auf einen kapitalistisch organisierten Dienstleistungsbetrieb für eine erneute Üstra-Aktion zu ziehne?

Eine vorschnelle Interpretation könnte davon ausgehen, daß bei dem Konflikt um die Straßenbahntarife das zutage trat, was Habermas in "Technik und Wissenschaft als 'Ideologie'" (Frankfurt 1968) als Disparitätenspannungen" (S.84ff) bezeichnet. "Der staatlich geregelte Kapitalismus, der aus einer Reaktion auf die durch den offenen Klassenantagonismus erzeugten Systemgefährdung hervorgegangen ist, stellt den Klassenkonflikt still. Das System des Spätkapitalismus ist durch eine, die Loyalität der lohnabhängigen Massen sichernden Entschädigungs-, und das heißt: Konfliktvermeidungspolitik so sehr definiert, daß der mit der privatwirtschaftlichen Kapitalverwertung nach wie vor in die Struktur der Gesellschaft eingebaute Konflikt derjenige ist, der mit der relativ größten Wahrscheinlichkeit latent bleibt. Er tritt hinter anderen Konflikten zurück, die zwar ebenfalls durch die Produktionsweise bedingt sind, aber nicht mehr die Form von Klassenkonflikten annehmen können. Claus Offe hat in seinem Beitrag ("Zur Klassentheorie und Herrschaftsstruktur im staatlich regulierten Kapitalismus", Manuskript) den paradoxen Sachverhalt analysiert: daß sich offene Konflikte an gesellschaftlichen Interessen um so wahrscheinlicher entzünden, je weniger ihre Verletzung systemgefährdende Folgen hat. Konfliktträchtig sind die an der Peripherie des staatlichen Aktionsbereichs liegenden Bedürfnisse, weil sie von dem latent gehaltenen Znetralkonflikt entfernt sind und daher keine Priorität bei der Gefahrenabwehr genießne. An ihnen entzünden sich die Konflikte in dem Maße, in dem die disproportional gestreuten staatlichen Interventionen zurückbleibende Entwicklungsbereiche und entsprechende Disparitätenspannungen erzeugen: 'Die Disparität der Lebensbereiche wächst vor allem hinsichtlich des unterschiedlichen Entwicklungsstandes zwischen tatsächlichen institutionalisiertem und möglichem Niveau des technischen und gesellschaftlichen Fortschritts: das Mißverhältnis zwischen modernsten Produktions- und Militärapparaten und der stagnierenden Organisation des Verkehrs-, Gesundheits- und Bildungssystems ist ein ebenso bekanntes Beispiel für diese Disparität der Lebensbereiche wie der Widerspruch zwischen rationaler Planung und Regulierung der Steuer- und Finanzpolitik und der naturwüchsigen Entwicklung von Städten und Regionen. Solche Widersprüche lassen sich nicht mehr triftig als Antagonismen zwischen Klassen, wohl aber als Resultate des nach wie vor dominanten Prozesses privatwirtschaftlicher Kapitalverwertung und eines spezifisch kapitalistischen Herrschaftsverhältnisses interpretieren: in ihm sind diejenigen Interessen die herrschenden, die ohne in eindeutiger Weise lokalisierbar zu sein, aufgrund der etablierten Mechanik kapitalistischen Wirtschaftens in der Lage sind, auf die Verletzung der Stabilitätsbedingungen mit der Erzeugung relevanter Risiken zu reagieren.'"

Mit dieser Randkonflikt-Theorie werden manifest gewordene Konflikte und ihre Austragung ins Reich des rein moralischen Protestierens verbannt. Was außerhalb der Produktionssphäre stattfindet an Auseinandersetzungen kann nur noch gefaßt werden als der Aufstand von Unterprivilegierten, die gegen ihre "Entrechtung", sekundäre Ausbeutung durch Preistreiberei, gegen mangelhafte und teure Dienstleistungen oder gegen Armut etc protestieren, nicht aber

als Klassenkämpfe. In dieses Interpretationsschema passen - laut Habermas - sowohl der Befreiungskrieg des vietnamesischen Volkes, die black-power-Bewegung, die Studentenrevolte, als auch Aktionen im Konsum- und Dienstleistungssektor.

Diese Theorie nützt uns zur Einschätzung von Straßenbahnaktionen wenig. Wie alle strategischen Vorstellung, die revolutionäre Prozesse nur noch in Metermaßband-Kategorien, um damit die Entfernung vom Zentralantagonismus der Produktionssphäre messen zu können, erfassen, hat dieser Wissenschaftliche Sozialismus auf seine schärfste Waffe, die Dialektik, verzichtet. Die augenaufschlagende Zusicherung, daß jene in Randbezirken der Gesellschaft ausbrechenden Konflikte durchaus eingebettet und ableitbar seien aus dem Grundwiderspruch von Lohnarbeit und Kapital, ist, wenn sie dergestalt abstrakt bleibt, nur ärgerlich. Für unsere strategischen Bestimmungen des Kampfes im Dienstleistungs- und Konsumsektor muß gerade diese Vermittlung konkret werden.

Um eine richtige Strategie sozialrevolutionärer Prozesse in den Metropolen entwickeln zu können, haben wir auszugehen von der Totalität einer Warengesellschaft, die beruht auf kapitalistischer Produktion von Mehrwert. Wir haben davon auszugehen, daß die Zirkultaions- und Distributionssphäre unmittelbar zusammenhängen mit der Produktion und nicht trennbar sind durch künstliche Sphärenzuordnungen. Wir haben davon auszugehen, daß alle Verkehrsformen innerhalb des organisierten Kapitals sich ableiten von dem Tatbestand, daß wir in einer Gesellschaft leben, in der diejenigen, die den gesellschaftlichen Reichtum schaffen, um den Gesellschaftlichen Reichtum schaffendzu können, das einzige was sie haben, verkaufen müssen: ihre Arbeitskraft. "Der Theoriebegriff der Kritik der politischen Ökonomie ist gebunden an abstrakte Arbeit, die Kategorien der Ware, des Mehrwerts und der Akkumulation. Aus der Kritik an diesen Kategorien erschließt sich die Gesellschaft als eine Herrschaftstotalität von Verdinglichung, Ausbeutung und Krise. Wenn sich Klassenbewußtsein als parteiliches Totalitätsbewußtsein wirklich soll bilden können, muß sich das Moment der Theorie des Wissenschaftlichen Sozialismus, durch welche Umwandlungen und Vermittlungen auch immer, in das Bewußtsein der Massen umsetzen und in ihre Erfahrung eingehen" (H.J.Krahl, Thesen zum allgemeinen Verhältnis von wissenschaftlicher Intelligenz und proletarischem Klassenbewußtsein, INFO 6,1969). Das aber bedeutet, daß wir verpflichtet sind, auftretende Krisen und Konflikte aufzugreifen, vor allem wenn sie eingebettet sind in eine sog. Disparitätenspannung , d.h. d.h. wenn ein Konflikt entsteht zwischen Bedürfnissen und Interessen der Massen und der ERkenntnis, daß die Erfüllung dieser Bedürnisse verwehrt ist, um die auftretenden Konflikte agitatorisch und praktisch in Aktionen transparent zu machen als durch den Warencharakter der kapitalistischen Gesellschaft bedingte. "Der Zugang zur Bedürfnisstruktur der Massen ist nicht aus innertheoretischen Ableitungen zu leisten, sondern basiert auf der praktischen Erfahrung des politischen Kampfes."(KraHl). Wir müssen diese Bedürfnisse der Massen erkennen und im politischen Kampf diese Bedürfnisse ämdern, das aber heißt: in der Auseinandersetzung mit dem Staatsapparat die Disparitätenspannungen abbauen durch Bildung von Klassenbewußtsein.

einzigen
Disparitätenspannung als Motor für die aktive oder passive Teilnahme an der Blockade annehmen und gleichzeitig seine klassenkämpferische Irrelevanz betonen, würde heißen, daß die Auseinandersetzung um den ÜSTRA-Konflikt in keiner seiner Phasen den Warencharakter der kapitalistischen Gesellschaft angegriffen hätte und keinerlei Bewußtseinsprozesse gebildet hätte, die natikapitalistische Momente enthalten. Der Kampf wäre nur geführt worden, um die Marktbedingungen der Straßenbahnfahrer zu verbessern, um ihnen, im Rahmen des Tauschprinzips mehr Kaufmöglichkeiten zu bieten. Disparitätenspannung wäre hier der Wunsch viel kaufen zu können bei Einsicht in die disproportional verlaufende Lohn-Preis-Spirale der lohnabhängigen Massen: dagegen wird protestiert, gekämpft, eine Rote-Punkt-Modell organisiert. Im Grunde sei es aber moralischer Protest gegen die Privilegierten, die mehr kaufen können und deshalb etwas abgeben sollen den Unterprivilegierten, damit diese auch mehr kaufen können. Das alles nach dem DKP-Motto: Stoppt die Preise!

Die Preistreiberei ist aber nur zu erklären als ein Aspekt der sich verschärfenden Widersprüche nach Beendigung der Rekonstruktionsphase der BRD. Man könnte natürlich, wie Habermas es vorschlägt, sich verschärfende Widersprüche als kumulierende Disparitätenspannungen definieren. Und die daraus resultierende Aktionsbereitschaft der Massen als kumulierende Moralität.

Die Unstimmigkeit dieser Theorie mit klassenkämpferischer Realität kann durch die letzte Üstra-Aktion als bewiesen gelten. Es gilt wohl immer noch, das die Geschichte des Kapitalismus ein Geschihcte von Klassenkämpfen ist, trotz Habermas. Während der letzten Üstra-Blockade hat sich gezeigt:

1. Protestformen, die sich artikulieren in massenhaftem Widerstand, Durchhaltewille und kämpferische Konsequenz und Solidarität tragen in sich schon Momente die über ihren (evt. disparitätisch gespannten) Anlaß hinausreichen. Protestformen, die sich gegen die manifeste Gewalt der Herrschenden artikulieren und kämpferisch durchsetzen sind nicht mehr faßbar in Kategorien des Entferntseins vom Grundwi-

derspruch, sondern treffen den Kapitalismus, wenn man sie unter der Dialektik von Reform und Revolution begreift, zentral. "Denn in der ganzen Welt b e g i n n t d i e P o l i z e i o f t s e l b s t, dem ökonomischen K Kampf politischen Charakter zu verleihen" (Lenin, Was tun?, Ausgewählte Werke I, Berlin 1967, S.205). "Die Erfahrungen in Hannover und Heidelberg haben gezeigt, daß in den Straßenbahnaktionen langwierige Bewußtseinsprozesse in Gang gesetzt wurden, die sehr wohl für uns von z e n t r a l e r Bedeutung sind. Die Verunsicherung des blinden Glaubens an den 'Staat' als Sozialfürsorger und Wohlfahrtsengel und der massenhafte Legitimationsdruck auf die Organe der politischen Führung (Regierung, Parteien, Gewerkschaften) haben ein Vorfeld für die Bildung eines (wenn auch noch vorpoliitschen und unorganisierten) Solidaritätsbewußtsein geschaffen, die langfristig zur Aufkündigung der Loyalität gegenüber dem Staat führen kann. Diesen Prozeß zu forcieren und den Legitimationsschein der politischen Herrschaftsorgane im Bewußtsein der Massen aufzulösen, ist Aufgabe von Aktionen im Konsumbereich. Ob diese Mobilisierung sich u n m i t t e l b a r auf die Politisierung des Produktionsbereichs auswirkt, ist nicht die entscheidende Frage. Tatsache ist jedoch, daß die Dsiziplinierung in der Produktinssphäre ohne die Manipulation im Konsumbereich gar nicht in dem Maße aufrechterhalten werden könnte, wie dies tatsächlich der Fall ist. Das bedeutet aber, daß sich Aktionen wie die in Hannover, Heidelberg, Saarbrücken und Völklingen nicht nach ihrer unmittelbaren Funktion für die Politisierung des Produktionsbereichs bemssen lassen, sondern nach den in ihnen erscheinenden Ansätzen zu selbsttätigem Widerstand gegen politische und soziale Manipulation" (BV, S.56).

2. Der Angriff auf die Preistreiberei im Dienstleistungssektor war eben nicht n u r eine Aktion im sog. Konsumsektor, sondern trug von Anfang an klassenspezifischen Charakter. Die Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse war unverkennbar. Und die Arbeiterklasse entwickelte auch spontan die der Situation angemessenen Organisationsformen, die i n d e r P r o d u k t i o n s s p ä r e o r g a n i s i e r t wurden (Geldsammlungen, subversive Aktionen, Demonstrationszüge nach Schichtschluß, bis hin zur Streikdrohung, die schließlich den Ausschlag für die Beilegung des Konflikts seitens der Stadt gab!). In unserer Agitation war der Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Reichtum, der von den Arbeitern geschaffen wird, und dem Notstand im Dienstleistungssektor, sehr leicht herzustellen. ("Streichen wir die Unternehmerprofite, dann haben wir: Kindergärten, Schulen, Altersheime, Wohnungen, Krankenhäuser und den O-Tarif!")

In der Analyse der Juni-Ereignisse haben wir versucht ein Zitat von Rosa Luxemburg zentral als Erklärungsansatz zu nehmen (S.17, 34):

"Die Masse muß, indem sie Macht ausübt, lernen, Macht auszuüben. Es gibt kein anderes Mittel ihr das beizubringen. Wir sind nämlich zum Glück über die Zeiten hinaus, wo es hieß, das Proletariat sozialistisch schulen...Die proletarischen Massen sozialistischeschulen, das heißt: ihnen Vorträge halten und Flugblätter und Broschüren verteilen. Nein, die sozialistische Proletarierschule braucht das alles nicht. Sie werden geschult, indem sie zur Tat schreiten" (R.L., Unser Programm und die politische Situation, Rede zum Programm, gehalten auf dem Gründungsparteitag der KPD (Spartakusbund), 31. Dezember 1918, in: Politische Schriften, Leipzig 1969, S.411f).

Wir zitierten diese Stelle, um die Dialektik von Sozialreform und Revolution bzw. "die Dialektik von Sozialreform und der Organisierung revolutionären Widerstands" (S.28) anzuzeigen. In dem Beitrag des SDS-BV ("Zur Bedeutung der Straßenbahnaktionen im Kampf gegen den autoritären Staat") wird uns vorgeworfen, daß Rosa bei dem genannten Zitat gar nicht von der Dialektik von Reform und Revolution rede, sondern vom entscheidenden Schritt der deutschen Revolution, nämlich der Machtübernahme der Arbeiter- und Soldatenräte im Deutschen Reich als "einzige öffentliche Gewalt". Es ist natürlich richtig, daß der gewaltsame Akt, wenn die rpoletarische Klasse die Klasse der Bourgeoisie stürzt, nicht zu vergleichen ist mit der Situation, die während der ÜSTRA-Blockade in Hannover herrschte, wo die Masse der Bevölkerung l e d i g l i c h um billigere Fahrscheine kämpfte. Doch müssen wir erkennen;

-- Die Anti-Üstra-Bewegung war (und wird es wieder sein) ein Machtkampf der Bevölkerung gegen den autoritären Staat. Es herrschte im Juni latent Bürgerkriegszustand, der nur deshalb nicht ausbrach, weil die Herrschenden es nicht für opportun fanden, "die Straße freizuschießen" "d ie Krankenhäuser zu füllen" (Lehners). 800 bis 9000 Polizisten waren in Hannover zusammengezogen (nicht wie wir damals glaubten nur 3000 (S.12)). Das Kapital fühlte sich zentral angegriffen: es fürchtete den Stillstand der Bändern, den Rückgang des Umsatzes in den Kaufhäusern, die Massen.

-- Es wurden verschiedene Organisationsformen des Widerstands entwickelt, die auf drei ebenen lagen (S.21): aktive Blockade, Rote-Punkt-Aktion, Mobilisierung der Arbeiter in den Großbetrieben selbst.

Dieses Einüben solidarischer Verkehrsformen, die sich im Kampf und als Kampf herausbilden bleiben das revolutionäre Moment der ÜSTRA-

tion. "Die große sozialistische Bedeutung
s gewerkschaftlichen und politischen Kampfes
steht darin, daß sie die Erekenntnis, das Be-
ßtsein des Proletariats sozialisieren, es als
lasse organisieren" (Rosa Luxemburg, Sozial-
form oder Revolution?.a.a.O.S.46). Kampf,
dem die Masse lernt, sich als Machtfaktor zu
greifen ist d a s "Erziehungsmittel der Ar-
eiterklasse zur proletarischen Revolution".
ür die Sozialdemokratie bildet der alltägli-
e praktische Kampf um soziale Reformen, um die
esserung der Lage des arbeitenden Volkes noch
f dem Boden des Bestehenden, um die demokra-
schen Einrichtungen vielmehr den einzigen Weg,
n proletarischen Klassenkmapf zu leiten und
f das Endziel auf die Ergreifung der politi-
hen Macht und die Aufhebung des Lohnsystems
nzuarbeiten. Für die Sozialdemokratie besteht
ischen der Sozialreform und der sozialen Re-
lution ein untrennbarer Zusammenhang, indem
r der Kampf um die Sozialreform d a s M it-
e l, die soziale Umwälzung aber d e r Z
w e c k ist" (S.7).

diesem Kontext wollten wir das oben auf-
führte Zitat Rosas verstanden wissen: "Die
sse muß, indem sie Macht ausübt, lernen,
cht auszuüben." Das ist der Sinn der Dia-
tik von Sozialreform und Revolution. Kampf
soziale Reformen (und alle Forderungen
genüber Dienstleistungsfunktionen vom O-
rif bis zur Konsumtenkontrolle sind per se
revolutionär!) wird, wenn die Massen in
n Kampf einbezogen werden, über seinen
formistischen Anlaß hinausgetrieben, weil
er sich die Massen wiedererkennen als han-
nde Subjekte der Geschichte. Das Entwik-
ln solidarischer Widerstandspraktiken und
ren keimhafte Organisationsfommen sind jene
nzipativen Momente, deren Konstituierung
twendig sein wird, um die Arbeiterklasse
hig zu machen, die kommenden Aufgaben in den
rschärften Klassenkämpfe zu lösen. Die letz-
Üstra-Aktion brachte solche Praktiken her-
r sowohl in den organisierten Aktionen, die
n den Produktionsstätten ausgingen, als auch
der Roten-Punkt-Aktion, in den Massendemon-
rationen und den aktiven Kampfsituationen mit
r Polizei. Die revolutionäre Perspektive die-
s radikalreformistischen Kampfes wurde genau
roffen in dem bereits zieiterten BV-Beitrag:
s wurde ein Vorfeld für die Bidlung eines So-
daritätsbewußtseins geschaffen, die langfri-
ig zur Aufkündigung der Loylaität gegenüber
n Staat führen kann".

se Erkenntnis werden wir umsetzen müssen in
n kommenden ÜSTRA-aktionen. Wir werden nicht
r zurückfallen in jene geschichtsblinde und
erspektivische Substitutionalismus-Praxis,
der wir letztes Jahr begannen, als wir die
stra-Aktion, getrieben von der Mechanik des
vokativen Protests, lediglich als Pflicht-
ng zu betrachten in der Lage waren und die
- bereits geschlagen von den Malen der Re-
aation - unter denselben perspektivischen
Ansätzen angingen, wie z.B. einen Angriff auf die griechische Botschaft.

Was wir entfalten werden müssen ist die Dialektik von Machtkampf und emanzipativer Praxis. Es ist richtig, daß wir sehr realistisch einschätzen müssen unsere Kriterien des Erfolgs, die Chancen des Kampfes gegen den Staatsapparat, unsere Aktionsmöglichkeiten, die Kampfbereitschaft und Mobilität der Massen, die Streikbereitschaft der Arbeiterklasse. Das allerdings kann nicht geschehen in der Form, daß wir Erfolgskriterien n u r noch in den Kategorien von Realpolitik begreifen. Auch die Kampferfahrungen, die die Massen machen, wenn sie bewußt handeln, sind als Erfolg zu verbuchen, selbst, wenn es nicht gelingen sollte den "realen" Tarif wieder herunterhuhauen. Lenin läßt in Was tun? (S.207) einen Arbeiter sprechen: "Wir besitzen sehr viel mehr Aktivität, als ihr glaubt, und wir verstehen es, durch offenen Straßenkampf sogar solche Forderungen zu unterstützen, die keine 'greifbaren Resultate' verheißen!". Dies erfaßt genau die emanzipative Funktion, die sich dann erfüllt, wenn die Massen die Qualität kollektiven Kampfes entdecken und lernen. Was wir als Intellektuelle leisten müssen, ist u.a. dies, daß diese Kampfbereitschaft nicht in Resignation umschlägt.

Dies kann aber nicht so geschehen, daß, wie in Heidelberg, die sozialistische Avantgarde vom AStA aus, als das zentrale Bahnwärterhäuschen der Revolution die Weichen des Kampfes stellt, den Kampf leitet und bestimmt. Vielmehr können die Revolutionäre ihre Strategie nur bestimmen im lebendigen Kontakt mit den Massen. Wir müssen lernen, Agitation als Moment von Strategie- und Theoreinbildung zu begreifen: Erfahrungen, die in der agitatorischen Praxis den Revolutionären übermittelt werden, müssen bestimmend sein für unsere Widerstandspraxis. Nur in dieser lebendigen Interaktione kann "die Bewegung wissenschaftlicher Intelligenz zum kollektiven Theoretiker des Proletariats werden" (K (Krahl). Nur so können Fehler vermieden werden: sowohl die Fehler, die bei einer zentralistischen Führung möglicherweise die emanzipative Funktion des Kampfes verbauen, als auch die Fehler, die bei einer mechanistisch-spontaneitätstheoretischen entweder zur Selbstisolation der Revolutionäre oder deren Aufgehen in eine Aktion Gemeinsinn führen. Nur so kann die Masse lernen, Macht auszuüben: Machtausübung als kulturrevolutionäre Praxis, als Konstituierung von Klassenbewußtsein. "Die Masse muß, indem sie Macht ausübt, lernen, Macht auszuüben." Das ist der Sinn unserer Praxis!

alvons diemer

DIESES FLUGBLATT ERSCHIEN AM 18.6.1969, EINEN TAG NACH DER RATSSITZUNG, DIE DEN 50-PFENNIG-EINHEITSTARIF BESCHLOSS, ZWEI TAGE, BEVOR DIE ÜSTRA DEN FAHRVERKEHR WIEDER AUFNAHM

Erfolg: RADIKALE FORDERUNGEN SIND DIE EINZIG REALISTISCHEN

Hannoveraner! 10 Tage haben wir gegen die Erhöhung der Üstra-Fahrpreise Widerstand geleistet. Dieser Widerstand hat zum Erfolg geführt! Mit der konsequenten Blockade der Straßenbahn wurde der Kampf eröffnet. Die umfassende Solidarität mit der Rote-Punkt-Aktion hat die Stadtverwaltung der herrschenden Sozialdemokratie im Verein mit den Funktionären des Preussen-Elektra-Konzerns in die Knie gezwungen: Gestern wurde ein Einheitstarif von 50 Pfennig festgesetzt. Wie ist dieser Erfolg erkämpft worden?

Eine entschlossene Minderheit von jungen Arbeitern, Schülern und Studenten besetzte die Schienen. Sie nahmen dabei bewußt in Kauf, von Polizeitruppen brutal zusammengeschlagen zu werden. Sie nahmen ferner in Kauf, sich der Verfolgung durch die politische Justiz auszusetzen, ihre Arbeitsplätze zu verlieren und von den Zeitungen und der Stadtverwaltung als gewalttätige Rowdies gebrandmarkt zu werden.

Zu einem Zeitpunkt, als der Straßenverkehr von den Hannoveranern selbst solidarisch geregelt wurde, versuchte die Stadtverwaltung zunächst, mit einem faulen Kompromiß die Bewegung zu spalten: Sie bot eine Überprüfung der Tarife an und stellte einen Sondertarif für Rentner in Aussicht. Erst die radikale Gegenforderung, die Fahrpreise schrittweise gegen Null zu senken, zwang Konzern und Stadtverwaltung endgültig zum Nachgeben. Der Einheitstarif von 50 Pfennig war in den Flugblättern junger Arbeiter, Schüler und Studenten als Übergangsforderung erhoben worden.

Unter dem Druck der spontanen Protestbewegung und Selbstorganisation der Üstra-Benutzer forderten schließlich auch SPD und DGB die Rückkehr zu den alten Tarifen. Diese laue Forderung hätte den Konzern und die Rathaus-Bürokraten unbeeindruckt gelassen. Es hat sich gezeigt: Radikale Forderungen sind die einzig realistischen!

Können wir uns mit diesem Erfolg zufrieden geben?

Als nächstes müssen Arbeitermonatskarten erkämpft werden. Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß die Arbeiter Verkehrsmittel bezahlen müssen, die sie dahin fahren, wo sie das einzige verkaufen, was sie haben – ihre Arbeitskraft. Ist es nicht logisch, daß für die Arbeiter, die mit der Üstra fahren, die Unternehmer die Arbeitermonatskarten zahlen?

Wie können wir unsern Erfolg sichern?

Die Überführung in Gemeindeeigentum bringt keine Sicherheit, daß nicht von neuem die Benutzer geprellt werden. (In Bremen und Köln mußten die Straßenbahnbenutzer gegen die Fahrpreiserhöhungen kommunaler Verkehrsbetriebe auf die Straße gehen!) Wer sagt uns, daß der verbilligte Tarif nicht auf dem Rücken der Üstra-Arbeiter durch „Rationalisierung" abgewälzt wird? (Wir müssen frühzeitig überlegen, wie wir auf Entlassungen bei der Üstra zu antworten haben!) Auf die Gewerkschaften ist kein Verlaß! Sie haben sich an die Bewegung angehängt und nach Kräften gebremst. Wer sagt uns, daß nach der Bundestagswahl die Fahrpreise nicht steigen? – Wie es alle Preise gewöhnlich nach einer Wahl tun.

Die Arbeiter der Üstra und die Arbeiter, Schüler und Studenten, die die Üstra benutzen, müssen Kommissionen bilden, um zu verhindern, daß sie von den Bürokraten verschaukelt werden!

In dieser Woche gehen die Heidelberger gegen die unverschämten Preiserhöhungen städtischer Verkehrsbetriebe auf die Straße. Unsere Aktion hat sie angespornt! Andere Städte werden folgen!

Der Widerstand gegen die Fahrpreiserhöhung ist nicht das Ende, sondern der Anfang einer Massenbewegung. Wir haben jetzt erfahren, daß massenhafter Widerstand sich auszahlt. Der Kampf wird aufgenommen werden gegen Mietwucher, überhöhte Lebenshaltungskosten, gegen die wasserköpfige Bürokratie. Dies ist nur ein Anfang! Der Kampf geht weiter!

Sozialistischer Deutscher Studentenbund (SDS)
Gruppe Hannover

W A S W I R G E M E I N S A M E R K Ä M P F T H A B E N L A S S E N
W I R U N S N I C H T K A M P F L O S W I E D E R N E H M E N ! ! ! !

Im Juni letzten Jahres gelang es, durch gemeinsames Vorgehen von Schülern und Studenten, Arbeitern und Lehrlingen trotz massiven Polizeieinsatzes den Üstratarif von 80 auf 50 Pfennig herunterzudrücken. Obwohl wir diesen Tarif nur als Übergang zum Null-Tarif ansahen, sollen die Fahrpreise jetzt schon wieder auf 60 Pfennig erhöht werden. Das ist eine Steigerung um 20 %! (Einzelfahrscheine sollen sogar wie im letzten Jahr 80 Pfennig kosten.) Bei Aufrechterhaltung des jetzt geltenden Tarifs droht die Stadt mit Kürzung der Geldmittel auf anderen Gebieten (Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser etc.). Dabei übersehen die Herren im Rathaus jedoch folgendes:

DER ARBEITER SCHAFFT IM BETRIEB EINEN WERT, VON DEM ER NUR EINEN TEIL IN FORM DES LOHNES ZURÜCKERHÄLT. DEN ANDEREN TEIL EIGNET SICH DER UNTERNEHMER ALS PROFIT AN. DER SCHÜLER FÄHRT ZUR SCHULE, UM DORT EINE QUALIFIKATION SEINER ARBEITSKRAFT ZU ERLANGEN, DIE SPÄTER DEM UNTERNEHMER ZUGUTE KOMMT.

Deshalb lautet unsere Parole:

DIE FAHRT ZU ARBEITSPLATZ UND AUSBILDUNGSSTÄTTE AUS UNTERNEHMERPROFITEN BEZAHLEN!

Aus Furcht vor neuen Demonstrationen greifen Stadt und Üstra im Komplott zu Bestechungsversuchen, um die Interessen der Unternehmer zu schützen: Keine Erhöhung des Tarifs für Schüler, Studenten und Lehrlinge, "Großraumfahrschein", "Aktion Wartehäuschen" etc. Die seit Wochen laufende Pressekampagne versucht, uns die Notwendigkeit der Erhöhung weiszumachen. Für den Tag der Erhöhung sollen an die 8.000 Polizisten in Hannover zusammengezogen werden. Es ist merkwürdig, daß so weitreichende Verbesserungen unter so massivem Polizeischutz durchgesetzt werden müssen! Dadurch wird offensichtlich, daß die Stadt nur die Interessen einer kleinen Minderheit, nämlich die der Unternehmer, vertritt. Um den Kampf gegen die Herrschenden aufzunehmen, müssen Schüler, Studenten und Arbeiter ihre gemeinsamen Interessen erkennen und sich aus dieser Einsicht heraus solidarisieren.

Zum Auftakt der Aktionen gegen die erneute Fahrpreiserhöhung bei der Üstra
T E A C H - I N "Autoritärer Sozialstaat und Massenloyalität: Straßenbahn-Aktionen" Do 12.3.70 19 Uhr TU-Hauptgebäude: Raum 632 (unter dem Audimax)
Veranstalter: Aktionskomitee der sozialistischen Arbeiter-, Schüler- und Studentengruppen Hannovers / Sozialistischer Deutscher Studentenbund (SDS)

Schülerbasisgruppe (SBG) I z.Zt. im:

Aktionskomitee der sozialistischen Arbeiter-,
Schüler- und Studentengruppen Hannovers

c/o AStA TU Hannover Welfengarten 1

Kolleginnen und Kollegen!

WAS WIR GEMEINSAM ERKÄMPFT HABEN, LASSEN WIR UNS NICHT KAMPFLOS WIEDER NEHMEN

Im Letzten Jahr haben wir solidarisch einen Erfolg über die Üstra errungen. Wir haben schon damals gesagt, daß unsere Forderungen nur Übergangsforderungen sind und daß unser Kampf weitergehen muß.

Die Stadtverwaltung beweist uns heute, daß wir Recht hatten. Die Preise sollen erhöht werden. Für eine einzelne Fahrt um 33 %.

Die"Verbesserungen", die die Stadt dafür bietet sind ein Hohn: Billiger zum Steinhuder Meer - teurer zum Arbeitsplatz.

Welche Gründe gibt die Stadt an?
1. Zu hohe Subventionen
2. Das Geld wird für Krankenhäuser, Schulen, Kindergärten
Mit dieser rührseligen Argumentation gehen Neuffer, Barche und Co. am Kern der Sache vorbei.

> Denn es ist ein unhaltbarer Zustand, daß die Arbeiter Verkehrsmittel bezahlen müssen, die sie dahin fahren, wo sie das einzige verkaufen, was sie haben: ihre Arbeitskraft. Ist es nicht Igisch, daß für die Arbeiter, die mit der Üstra fahren, die Unternehmer die Arbeitermonatskarten bezahlen?

Die Unternehmer haben ja selbst anerkannt, daß unser Arbeitsweg schon zur Arbeitszeit gehört. Beweis: Wir sind bereits auf dem Arbeitsweg unfallversichert.

Streichen wir die Unternehmerprofite, dann haben wir Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser und die freie Fahrt zum Arbeitsplatz.

Es gibt genug gesellschaftlichen Reichtum, den WIR erarbeiten und den die da oben GEGEN UNS verwalten.

Unsere Forderung lautet deshalb:

DIE FAHRT ZU ARBEITSPLATZ UND AUSBILDUNGSSTÄTTE AUS UNTERNEHMERPROFITEN BEZAHLEN!

Diese Forderung müssen wir vor allem auch in den Betrieben gegen die Unternehmer durchsetzen.

Die sozialistischen Gruppen Hannoverscher Arbeiter, Lehrlinge, Schüler und Studenten werden zwar auch diesmal gegen die Preiserhöhungen kämpfen. Aber Aktionen in der Stadt reichen nicht aus, um unsere Forderungen durchzusetzen. (Bosse und Bürokraten sind aus Schaden klug geworden und haben sich gut vorbereitet.)

Wie können wir also unseren Erfolg im Betrieb sichern?

Der DGB hat zu den Fahrpreisenerhöhungen in Hannover eine so pflaumenweiche Stellungnahme abgegeben, daß die Stadtverwaltung grünes Licht für teurere Üstratarife sah. In einem öffentlichen Anhörungsverfahren hat er keine Bedenken gegen Preiserhöhungen geäußert. Darum müssen wir unsere Vertrauensleute und Betriebsräte zwingen, unsere Forderungen mit uns durchzusetzen.

Wir sollten sie dabei an das IG-Metall-Programm für 1970 erinnern:

> "1970 keine Preiserhöhungen für öffentliche Verkehrsmittel!" (Otto Brenner)

Wieviel teurer als die Subventionen für die Üstra kommt es die Unternehmer wohl, wenn wir ein paar Stunden streiken ?!!

Kollegen, laßt uns den Kampf vom letzten Jahr solidarisch fortsetzen!

AKTIONSGRUPPE SOZIALISTISCHER ARBEITER UND LEHRLINGE
z.Zt. im:

Aktionskomitee der sozialistischen Arbeiter-, Schüler- und Studentengruppen Hannovers

c/o AStA TU Hannover Welfengarten 1 (SDS-Postfach)

WAS WIR GEMEINSAM E R K Ä M P F T HABEN, LASSEN WIR UNS NICHT K A M P F L O S WIEDER NEHMEN

Die Tarife für Straßenbahnen und Busse der Ü S T R A sollen für die arbeitende Bevölkerung erhöht werden. Üstra-Bosse, Stadt- und Großraum-Bürokraten, Gewerkschaftsfunktionäre wollen die Bevölkerung ab 16.3. 80 bzw. 60 anstatt 50 pf zahlen lassen. Statt der im Juni versprochenen Verbesserungen des öffentlichen Nahverkehrs soll man sich nun Verschlechterungen gefallen lassen: Der sog. "Großraumfahrschein" wird unter dem Motto eingeführt "Billiger zum Steinhuder Meer, teurer zum Arbeitsplatz".

In dieser Situation geben sich die Herrscheden bauernschlau: Die, die im letzten Jahr den erfolgreichen Kampf gegen die Üstra begannen, die Lehrlinge, Schüler und Studenten, wollen sie mit billigeren Monatskarten u.ä. bestechen. Seit Monaten führen sie eine Pressekampagne und versuchen, der Bevölkerung einzureden, daß Preissteigerungen nicht zu umgehen sind. Anderenfalls müsse man einen Verzicht auf anderen Gebieten in Kauf nehmen:

Krankenhäusern, Kindergärten, dem Bildungswesen müßten dann jene Gelder abgezogen werden, die die weitere Subventionierung der Üstra ermöglichen.

Wir sagen:
Die Üstra wird von denen benutzt,
- die zu ihrem Arbeitsplatz gelangen und dort den Kapitalisten die Profite erarbeiten müssen, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen
- die zu ihrer Ausbildungsstätte gelangen müssen, wo sie darauf vorbereitet werden, unter der Herrschaft des Kapitals die Produktion zu organisieren oder die Voraussetzungen der Produktion zu schaffen (Maschinen z.B.) - als Ingenieure, oder darauf vorbereitet werden ihrerseits wieder Arbeitskraft zu qualifizieren - als Lehrer (Fahrtkosten sind effektive Ausbildungskosten!)
- die in die Einkaufszentren fahren, wo die von Arbeitern geschaffenen und von Kapitalisten angeeigneten Profite realisiert werden.

Streichen wir den Kapitalisten die Profite, dann haben wir Krankenhäuser, Schulen, Kindergärten und - die freie Fahrt zum Arbeitsplatz.

Der Kapitalist zerstört, was dem Volk gehört. Deshalb fordern wir:

DIE FAHRT ZU ARBEITSPLATZ UND AUSBILDUNGSSTÄTTE AUS UNTERNEHMERPROFITEN BEZAHLEN!

Aber da dieser Staat - auch dort, wo er als Sozialfürsorger auftritt (Subventionen!) - nicht unsere, sondern die Interessen des Kapitals vertritt, seine Selbstvermehrung garantiert, können wir diese Forderung nicht kampflos durchsetzen. Überall dort wo kein unmittelbarer Profit zu erwirtschaften ist, im Verkehrs- und Gesundheitswesen, auf dem Ausbildungssektor, springt der autoritäre "Sozialstaat" in die Bresche und erfüllt seine systemerhaltende Funktion: der Allgemeinheit Kosten aufbürdend, die die Profite einer Minderheit garantieren.

Dieser Staat versucht, uns einzuschüchtern (Ordnungsrecht, Relegation, Polizei), uns von den Kollegen in den Betrieben zu trennen (günstigere Tarife für schüler, Lehrlinge, Studenten), zwingt uns, als Ingenieure unsere Arbeitskraft unter für das Kapital immer besseren, für uns immer schlechteren Bedingungen auszubilden und zu verkaufen (30% der diplomierten Ingenieure und Naturwissenschaftler werden unter Qualifikation eingesetzt. Die Ingenieurstudenten antworteten mit einem langanhaltenden Streik!), zwingt uns, uns einer Ausbildung zu unterziehen, die unseren Fähigkeiten und Bedürfnissen nicht entspricht, und unterwirft uns autoritären Studienzwängen.
Den Kampf gegen Fahrpreiserhöhungen zum Hebel gegen den autoritären Sozialstaat machen!
T E A C H - I N "Autoritärer Sozialstaat und Massenloyalität: Straßenbahn-Aktionen", Do 12.3. 19 h TU-Hauptgebäude Raum 632

Basisgruppe Mathematik / Projektgruppe Technologie z.Zt. im:

Aktionskomitee der sozialistischen Arbeiter-,
Schüler- und Studentengruppen Hannovers

c/o AStA TU Hannover Welfengarten 1 (SDS-Postfach)

LASSEN WIR UNS KEINEN SAND IN DIE AUGEN STREUEN: F A H R P R E I S E R H Ö H U N G

Im letzten Juni setzten Üstra-Benutzer und Rot-Punkt-Automobilisten gemeinsam mit den aktiven Blockierern einer Fahrpreiserhöhung entschiedenen Widerstand entgegen. Als der Konflikt in den Großbetrieben selber aufzubrechen drohte, wurde der Druck so stark, daß Üstra-Bosse und Stadt-Bürokraten nicht nur gezwungen waren, die Erhöhung rückgängig zu machen, sondern den 50-Pf-Einheitstarif zuzugestehen. Die Verkehrsträger im Großraum mußten nachziehen.

Jetzt haben die Verkehrsträger und die Bürokraten der Stadt und des Großraumverbandes wieder eine Fahrpreiserhöhung ausgeheckt: Der Einheitstarif wird auf 80 bzw. 60 Pf erhöht.

Aber: WAS WIR GEMEINSAM ERKÄMPFT HABEN, LASSEN WIR UNS NICHT KAMPFLOS WIEDER NEHMEN.

Wie rechtfertigen die Bosse der Verkehrsträger und die Bürokraten die Preiserhöhung????????
Der "Großraumfahrschein" erlaube es, von "Burgdorf bis zum Steinhuder Meer" unter Inanspruchnahme verschiedener Verkehrsmittel für 80 bzw. 60 Pf zu fahren. Wer aber tagtäglich von Vahrenhaide bis Conti Vahrenwald fahren muß, den interessiert die Fahrt von Burgdorf nach Steinhude wenig. Er bezahlt jetzt nämlich 80 bzw. 60 anstatt 50 Pf. (Und wer zum Steinhuder Meer segeln fährt, ist sowieso nicht auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen.) Nur für den kleinen Teil der sog. "Pendler", die gezwungen sind, auf ihrem Weg zum Arbeitsplatz mehrere Verkehrsträger, z.B. Bahn u n d Üstra, in Anspruch zu nehmen, bedeutet der neue Tarif keine Preiserhöhung.

Was haben Bosse und Bürokraten für uns geleistet??
- Sie haben 8 Meinungsumfragen und Gutachten in Auftrag gegeben. Für eine INFAS-Untersuchung z.B. (Frage: "Sitzen Sie in der Straßenbahn lieber links oder rechts?") haben sie DM 90.000 Steuergelder verpulvert.
- Sie haben einen Vertrag zusammengeschustert, der es erlaubt, ohne Nachlösen von "Burgdorf zum Steinhuder Meer" zu fahren, nach dem Motto "Billiger zum Steinhuder Meer, teurer zum Arbeitsplatz".
- Sie haben eine Verpackung für die Preiserhöhung gebastelt, neue Wörter erfunden ("Großraumfahrschein", "Gemeinschaftstarif", "Verbundvertrag"), von einem Graphiker ein hübsches Zeichen für ihren "Großraumverkehr" malen lassen, Anzeigen in die Zeitungen gesetzt, Prospekte gedruckt, Presse und Interessenverbände auf ihre Seite gebracht.
Wo bleiben wirkliche Verbesserungen ??
In Hemmingen gibt es z.B. einen Metallbetrieb, dessen Bushaltestelle 20 Min. vom Fabriktor entfernt ist. Die Busse verkehren dort alle 20 Min. Wo bleiben betriebsnahe Haltestellen? Wo die entscheidende Verkürzung der Zugfolge? Wenn es um konkrete Verbesserungen geht, dann ist die Rede von "zukünftig", "Zug um Zug", "Programm" - Vertröstungen, nichts Handfestes.
Was ist Fahrgeld ??
Nach der Preiserhöhung zahlt ein Arbeiter mit einem monatlichen Durchschnittsverdienst von DM 750 ca. 5 % seines Lohnes, um dahin zu kommen, wo er das einzige verkauft, was er zu verkaufen hat - seine Arbeitskraft. Fahrgeld ist direkter Abzug vom Lohn! (Gleichzeitig ist Fahrzeit verlängerte Arbeitszeit - unbezahlte Arbeitszeit. Das erhöht jene 5 % noch beträchtlich.) Fahrgeld ist außerdem eine direkte Verteuerung eingekaufter Waren! Fahrgeld ist eine direkte Verteuerung der Ausbildungskosten!
Wem dient der öffentliche Nahverkehr ??
Die wichtigste Aufgabe der Nahverkehrsmittel ist es, für die Bedürfnisse der Privatwirtschaft Bevölkerungsmassen zu transportieren: Arbeitskräfte in die Fabriken, die der Kapitalist dort zur Schaffung seiner Profite benötigt, Hausfrauen in die Einkaufszentren zur Realisierung dieser Profite. Und für diese "Dienstleistung" wird uns noch Geld abverlangt!
Trotzdem arbeitet der öffentliche Nahverkehr unrentabel. Die Privatwirtschaft überläßt ihn daher der "öffentlichen Hand" oder verlangt hohe Subventionen. Unrentabel ist der Nahverkehr durch die Konkurrenz des privaten Individualverkehrs, die PKWs, der dem Kapital die Superprofite bringt. Mit ihren Subventionen sichert die "öffentliche Hand" kapitalistische Profite und gerät dabei in Bedrängnis:

DIE FAHRT ZU ARBEITSPLATZ, EINKAUFSZENTRUM UND AUSBILDUNGSSTÄTTE AUS UNTERNEHMERPROFITEN BEZAHLEN!

Dann haben wir genug Geld für Krankenhäuser, Kindertagesstätten und Schulen. (Kaufhäuser zahlen schon jetzt die Parkgebühren ihrer Kunden. Warum nicht auch den Fahrschein?) Im letzten Juni haben die Bosse selber ein Beispiel gegeben: Als ihnen der Stillstand der Bänder drohte, waren sie bereit, auf einen winzigen Teil ihrer Profite zu verzichten. Viele Arbeiter kamen umsonst an die Stechuhren - die Unternehmer hatten Busse für sie gechartert. Stillstand der Bänder in den Fabriken, Umsatzrückgänge in den Großkaufhäusern der City - diese Sprache verstehen die Unternehmer und ihre Agenten, die Stadt- und Großraumbürokraten. In dieser Sprache sollten wir mit ihnen reden - die Macht dazu haben wir, das haben wir schon einmal gezeigt!

Aktionskomitee der sozialistischen Arbeiter-, Schüler- und Studentengruppen Hannovers
c/o AStA TU Hannover Welfengarten 1 SDS-Postfach

TERMINE UND INFORMATIONEN

SDS-MV, am 14.3. als Sitzung des Aktionskomitees der sozialistischen Arbeiter-, Schüler- und Studentengruppen Hannovers	: Sa.	17.00h	Cafeteria, Architekturgebäude, Königswortherplatz
öffentliche INFO-Redaktionssitzung	: Di.	17.30h	Psychol. Seminar, Wunstorfer STr. 14 3.Stock Zimmer 421
Aktionsgruppe sozialistischer Arbeiter und Lehrlinge	: Fr.	19.15h	Freizeitheim Vahrenwald
Betriebsprojektgruppe III	: Sa.	14.00h	Psychol. Seminar, Zimmer 421
(Redaktion der"Arbeitersache"	: DO.	19.30h	" " " "
Basisgruppe Stadtsanierung Linden	: Di.	1930h	Cafeteria
Schülerbasisgruppe I	: Sa.	15.30h	Psychol. Seminar, Zimmer 421
Schülerbasisgruppe	: Mo.	18.00h	Haus der Jugend, Maschstr., Raum 10
Projektgruppe Kinderladen	: Mo.	20.00h	Psychol. Seminar, Bibliothek
AK Antiautoritäre Erziehung	: DO.	19.00h	" " "
ÜSTRA - Rechtshilfe	:		Tel.: 29356; 22387;
Allg. Rechtsinformation	: Sa.	16.30h	Cafeteria
Basisgruppe Hannoverkolleg	: Mo.	19.00h	Am Lindenhofe 14
Sex - Pol	:		H. Aragtschini, Striehlstr. 5
Sozialistisches Zentrum	:		Zum Langen Marsch, Engelbosteler Damm 22
Parvus-Kommune	:		Podbielskistr. 105, Tel.: 690373

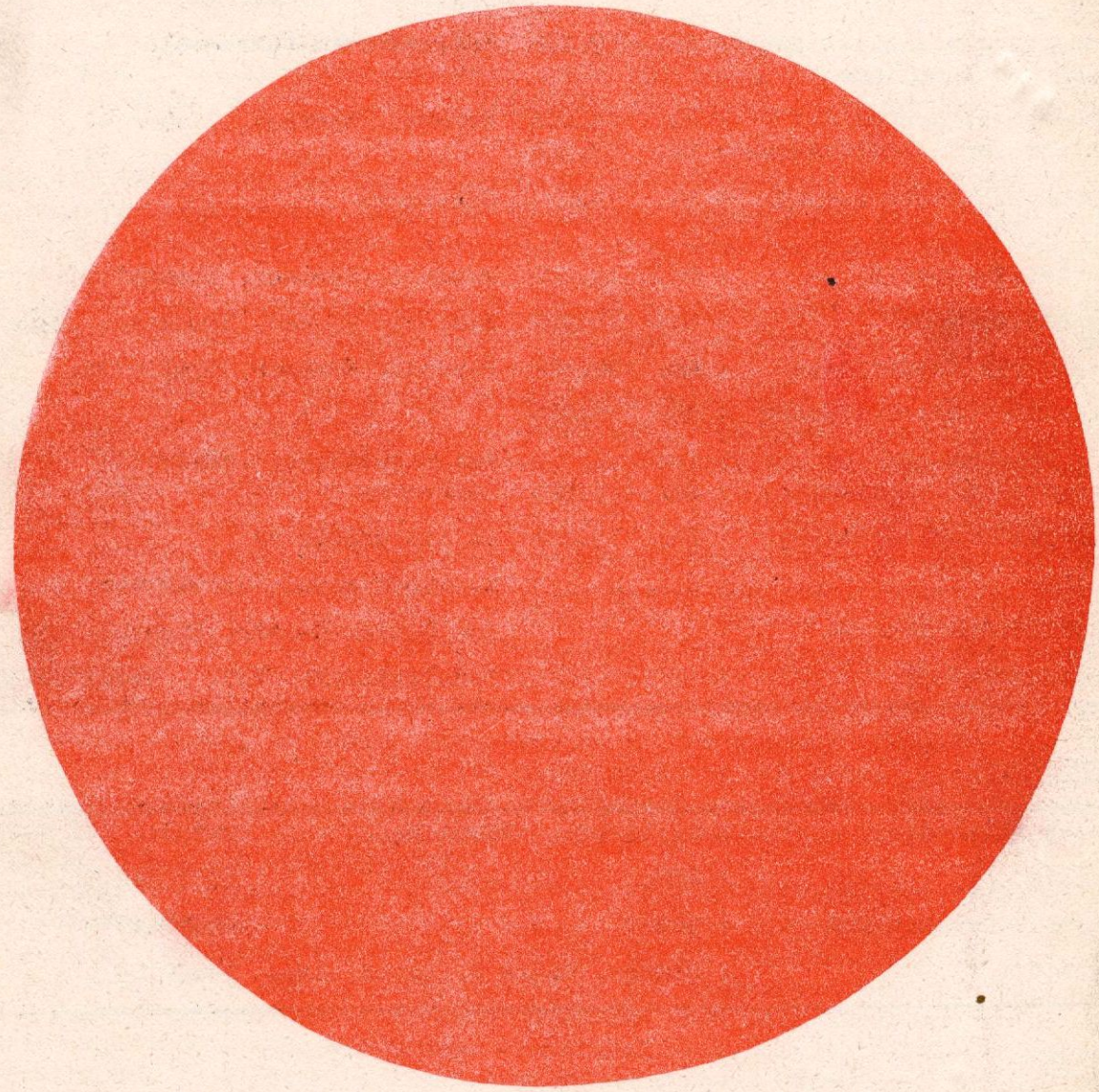
GRUPPENKONTEN

Zentrales SDS-Konto	: R. Lichte	PSchA Han.	242501
Rote Hilfe	: BfG		10077560
Sozialistisches Zentrum	: BfG		10991447
INFO-Konto	: Diemer, Spaka d. Hpstd. Han.		19402104

IMPRESSUM

Herausgeber	: Sozialistischer Deutscher Studentenbund (SDS) Gruppe Hannover
Redaktion:	: Borchardt, Börtzler, Diemer, Weiberg 3 Hannover, Weckenstr. 3
Redaktionaschluß:	SDS-MV, eine Woche vor Neuerscheinen des Info Das INFO erscheint 14-tägig, jeweils samstags!

Was wir gemeinsam erkämft haben, lassen wir uns nicht kampflos wieder nehmen!



Die Fahrt zu Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte aus UNTERNEHMERPROFITEN bezahlen!